Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

und sämtliche Unterbezirke Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u Feiertags in Halle a S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17 Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 23 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.— monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Freitag, den 28. Januar 1921 | Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im Kriegsteil, en Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Der Streit zwischen England und Frankreich.

Die Reichswehr im Reichstag — Die Moorkultur unter Braun

Prinzipienfest bis zum Geldbeutel.

WTB. Paris, 27. Januar. Wie der diplomatische Mitarbeiter der „Agence Havas“ zu der heutigen Sitzung der Konferenz meldet, sind die von Lloyd George und Briand vorgetragenen Auffassungen einander ziemlich entgegengesetzt, da die Engländer die sofortige Festsetzung der gesamten Schuld Deutschlands verlangen, während Frankreich wünscht, daß erst die Abschätzung der Reparationskommission abgewartet werden soll. Auf einen Kompromißantrag (Jaspar) wurde die Frage schließlich einem Ausschuß übertragen, der morgen vormittag einen Ausgleichsentwurf vorbereiten wird.

WTB. Paris, 27. Jan. Ueber den Verlauf der heutigen Konferenz teilt der diplomatische Mitarbeiter der „Agence Havas“ u. a. mit: Zunächst ergriff Lloyd George das Wort, kritisierte die gestern von Doumer vorgebrachten Thesen und betonte, daß diese Abschätzung und diese Methode von dem seit Monaten durch die Alliierten befolgte Arbeitsmethode abweicht. Er erinnerte daran, daß die alliierten Regierungen sich im Prinzip auf der Boulogner Konferenz im vorigen Juni über das Bestehen der deutschen Zahlungen geeinigt hätten und daß dies System noch bei den Brüsseler Verhandlungen zum Ausgangspunkt gedient habe. Heute stelle Frankreich diese Grundlage des Einvernehmens in Frage. Ein solches Vorgehen sei unzulässig. Die Regierungen müßten sich durch die Beschlüsse ihrer Vorgängerinnen gebunden erachten. Der Finanzminister Doumer hielt seinen in der gestrigen Sitzung dargelegten Standpunkt aufrecht. Briand sprach sich für die Entschädigung von (1 bis 3) Annuitäten aus, die sofort erlangbar seien. Das gesamte Guthaben der Alliierten könne von der Reparationskommission festgesetzt werden, die, wenn sich erweise, daß Deutschland die gesamte Schuld nicht bezahlen könne, diese herabsetzen werde. Er glaube nicht, daß das Abkommen von Boulogne einen endgültigen Charakter besitze. Die französische öffentliche Meinung könne sich nicht damit zufrieden geben. Zum Schluß schlug Briand vor, das Abkommen vom 11. November zu befolgen, welches 4 Punkte vorsehe. 1. Die Sachverständigenkonferenz in Brüssel. 2. Eine Kommission der alliierten und deutschen Minister, die aber nicht wie ursprünglich vorgesehen in Genf, sondern mit der Konferenz für das Orientproblem in London stattfinden soll. 3. Festsetzung der gesamten Verpflichtungen Deutschlands durch die Reparationskommission. 4. Festsetzung der Strafbestimmungen durch die alliierten Premierminister.

Die Entwaffnungsfrage immer noch nicht spruchreif.

Paris, 27. Januar. Havas meldet nichtoffiziell, daß die für heute vormittag angesagte Sitzung der Konferenz, in der die Entwaffnungsfrage beraten werden sollte, auf heute nachmittag 4 Uhr vertagt wurde. Den ganzen Vormittag wurden Einzelberatungen über die Reparationsfrage geführt. Um 11 Uhr begab sich Graf Sforza zu Lloyd George, der auch eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, hatte.

Mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz?

Wien, 27. Januar. (T. U.) Einen wichtigen Punkt der Pariser Beratungen bildet die Ergänzung der Kreditthilfe durch eine wirtschaftliche Annäherung der aus dem Zusammenbruch der Monarchie hervorgegangenen Staaten. Als eine Vorbedingung für eine Gesundung Oesterreichs betrachtet man die wirtschaftliche Konsolidierung ganz Mitteleuropas. Bei Aussprache über dieses Problem soll die Wirtschaftskonferenz der Nachfolgestaaten dienen. Oesterreich ist vor etwa zwei Monaten von der Wiener Reparationskommission zu dieser Konferenz eingeladen worden. Vor einigen Tagen hat die Regierung auf telegraphischem Wege die Verständigung erhalten, daß die Konferenz etwa Mitte Februar stattfinden soll, doch ist ihr noch kein Ort der Konferenz mitgeteilt worden. Daß Portoroje in Aussicht genommen worden sei, hat man in Wien erst aus den gestrigen Aeußerungen des tschecho-slowakischen Außenministers erfahren. Als mutmaßliche Konferenzteilnehmer gelten neben den Mitgliedern der Reparationskommission die Vertreter Oesterreichs, der Tschecho-Slowakei, Polens, Jugoslawiens, Rumäniens. Italien und Frankreich haben die Absicht kundgegeben, ebenfalls Sondervertreter zu entsenden. Die Teilnahme Ungarns ist aus Gründen, die mit der Ratifizierung des Friedensvertrages zusammenhängen, noch ungewiß. Sie wird aber als wahrscheinlich betrachtet. England und Amerika setzen sich auch für die Einladung Deutschlands ein. Von englischer Seite ist wiederholt betont worden, daß nur, wenn Deutschland daran teilnehme, die Verhandlungen wirklich erfolgversprechend sein könnten. Dennoch ist eine Einladung bisher an Deutschland nicht ergangen. Sie wird vom Ausgang der Pariser Verhandlungen abhängig gemacht werden.

Deutschland und die Tschecho-Slowakei.

Prag, 27. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sagte Minister Benesch über Deutschland: Die Grundlage unserer Beziehungen sind die Friedensverträge. Auf dieser Basis haben sich bereits in den letzten zwei Jahren bestimmte Traditionen eines nachbarlichen Zusammenlebens herausgebildet. Es gibt zwischen uns keine Konflikte, und wir hoffen, daß dies auch in Zukunft nicht der Fall sein wird. Vor kurzer Zeit bestand in Deutschland eine gewisse Gefahr monarchistischer Umstürze, welche vorübergeing und gegen die wir uns entschieden zur Wehr gesetzt hätten. Wir müssen jedoch loyal feststellen, daß unser wechselseitiges Vorgehen absolut korrekt ist. In Angelegenheit des bevorstehenden Plebiszits in Oberschlesien werden wir einfach die uns durch die Friedensverträge auferlegte Pflicht erfüllen.

Die Reaktion in Schweden.

Stockholm, 27. Jan. Wie die „Franks. Ztg.“ berichtet, erregt es in Stockholm großes Aufsehen, daß der frühere Staatsminister Branting als Führer der Mehrheitssozialdemokratischen Partei im schwedischen Reichstage bei Besprechung eines konservativen Antrages auf Aufhebung oder Suspension des Gesetzes über den achtstündigen Arbeitstag in unverhüllter Form mit der Anwendung außerparlamentarischer Mittel gedroht hat, wenn die Rechte nicht von ihrem Plan ablasse, dieses Gesetz, ebenso wie eine Reihe anderer Vorlagen zum Wahlrecht, Unterricht und Heerwesen wieder rückgängig zu machen. Branting sprach sich in derselben Rede scharf gegen die von der Rechten geforderten Erhöhung der Lebensmittel- und Industriezölle aus, die nach seiner Ansicht nur dazu dienen soll, die Preise hoch zu halten.

Nationale Politik.

Das Kattowitzer Korfanty-Blatt „Gornoslonzak“ bringt aus Oberglogau die folgende unglaublich klingende Meldung:

„Kürzlich fand hier eine große Versammlung von Vertretern des ganzen Neustädter Kreises in Abstimmungsangelegenheiten statt. Zu dieser Versammlung waren auch 40 Ortsvorsteher erschienen. Die Versammlung leitete Graf v. Oppersdorf. Es wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß der ganze Industriebezirk für Deutschland verloren sei. Angesichts dessen müßten die Bewohner der auf dem linken Oderufer liegenden Kreise bezüglich ihrer Zukunft Stellung nehmen. U. a. haben in dieser Angelegenheit Graf v. Oppersdorf, der Generaldirektor der Thiele-Winklerschen Güter Moschen, Regierungsrat Dr. Schapper und eine hochgestellte Persönlichkeit der Eisenbahndirektion Kattowitz das Wort ergriffen. Sie alle gaben der Meinung Ausdruck, daß, weil der Industriebezirk ganz sicher an Polen fallen werde, bei einer Festsetzung des Oberlaufes als Grenze zwischen Polen und Deutschland die Bewohner des linken Oderufers dem Ruin anheimfallen würden. Das Interesse der Kreise des linken Oderufers und ihre Zukunft sei mit dem Industriebezirk unlösbar verbunden. Deshalb beschlossen die Versammlungsteilnehmer aus dem Kreise Neustadt einstimmig, bei der Abstimmung für Polen zu stimmen.“

Wir erwarten ja von den Leuten, die ihre nationale Gesinnung allzu oft im Munde führen, durchaus nicht lauter Handlungen, die diesen Beteuerungen entsprechen. Aber diese Nachricht ist so hanebüchen, daß wir einer sofortigen energischen Richtigstellung von berufener Seite entgegensehen. — Oder nicht?

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen ungültig.

Berlin, 27. Jan. Der Bezirksausschuß Berlin hat heute nach mehrstündiger eingehender Beratung unter Vorsitz des Präsidenten Wagner in Sachen der bekannten Klage der Deutschen Volkspartei gegen die Berliner Stadtverordnetenversammlung wegen der Gültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahl usw. sich dahin erklärt, daß die Berliner Stadtverordnetenwahlen für ungültig zu erklären sind, dagegen die Wahlen der Bezirksverordneten in den 20 Berliner Verwaltungsbezirken für gültig. Die Kosten wurden zu ⅔ der beklagten Stadtverordnetenversammlung auferlegt. Das Streitobjekt wurde auf 5000 Mark bemessen. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wird gegen dieses Erkenntnis sofort Berufung an das Oberverwaltungsgericht einlegen.

Braunschweiger Krisen. Im braunschweigischen Landtag erklärten am Mittwoch bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums die Führer sämtlicher bürgerlichen Fraktionen, daß ihre Parteikenntnisse der bestehenden rein sozialistischen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und folglich den Etat in seiner Gesamtheit abl hnten. Es hängt von den drei Kommunisten im Landtage ab, ob in diesen Tagen eine neue Ministerkrisis ausbrechen wird oder nicht.

Landesverräterische Prasserei.

Von Wilhelm Keil.

Die 51monatige Dauer des Weltkrieges und die katastrophalen Friedensbedingungen verdankt das deutsche Volk nicht zuletzt der Tatsache, daß große Teile seiner besitzenden Schichten während des ganzen blutigen Völkerdramas herrlich und in Freuden leben konnten. Sie verdienten ausgezeichnet, die samose Steuerpolitik Helfferichs und seines Nachfolgers in der Reichsfinanzverwaltung ließ den Besitz völlig ungeschoren — wozu sich also nach der raschen Beendigung des Krieges sehnen, wozu sich mäßigen in der Aufstellung der Kriegsziele! So „herrliche Tage“ wie diese kehren so leicht nicht wieder!

Haben so die oberen Zehntausend als Träger der verhängnisvollen Eroberungspolitik entscheidend dazu beigetragen, daß das deutsche Volk ins Elend gestürzt wurde, so arbeiten sie auch jetzt den Peinigern Deutschlands in die Hände. Natürlich spielt sich der Durchschnitts-Bourgeois heute wie ehedem als patentierter Patriot auf, und als deutschnationaler oder deutschvolksparteilicher Agitator spricht er auch — ganz wie in Vorkriegszeiten — der Sozialdemokratie das Vaterlandsgefühl ab, weil sie dem gefährlichen nationalistischen Treiben entgegentritt. Daß er selbst, dieser behäbige, satte Bourgeois, das gemarterte deutsche Volk den rachegierigen Gewalthabern der Entente preisgibt, scheint ihm nicht zum Bewußtsein zu kommen. Nicht nur mit geschwollenen Redensarten, in denen mehr oder weniger verhüllt den Gegnern Deutschlands blutige Rache angekündigt wird, wenn es gelingt, die Hände wieder frei zu bekommen, nicht nur mit dem Verkauf deutscher Produktionsmittel an ausländisches Kapital, wovor derselbe deutsche Musterpatriot nicht zurückschreckt, wenn er sich dabei bereichern kann, nein, auch mit seiner Lebensführung liefert er den Feinden Deutschlands die Waffen in die Hand zur Verlängerung und Verschärfung der Schmach und Pein, die auf Deutschland lasten.

Die millionenzähligen Massen des deutschen Volkes hungern und darben und siechen dahin. Sie müssen die Suppe ausessen, die die Kriegstreiber in den besitzenden Klassen eingebrockt haben. Auf Erleichterung ihres Loses können sie nur hoffen, wenn die Daumenschrauben des Versailler Friedensinstruments gelockert werden. Nur mit dem steten Hinweis auf die grauenvolle Not des deutschen Volkes, auf den drohenden Untergang von Millionen Unschuldiger kann das Gewissen der Welt geweckt werden.

Wie aber tragen die besitzenden Kreise dazu bei, die Welt von der entsetzlichen Not des deutschen Volkes zu überzeugen? Dadurch, daß sie ein Prasserleben führen, das alle Maße übersteigt, das selbst mit den Genüssen, die diese Kreise in den verflossenen Friedenszeiten sich leisten konnten, keinen Vergleich aushalten kann. Wenn die Ausländer, die als Privatpersonen oder als dienstlich Beauftragte das Leben in Deutschland beobachten, das Benehmen und Treiben in den oberen Schichten wahrnehmen, so werden sie kaum geneigt machen, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Man komme uns nicht mit der Erklärung, die Schieber und Kriegsgewinnler seien es, die ein solches Lotterleben führen. Wenn z. B. in dem verarmten Deutschland in einem Jahr eine Milliarde in Sekt angelegt wird, so kommt diese schamlose Prasserei nicht lediglich auf das Konto der angenehmen Schiebergattung, sondern auch der sogenannte „solide alte Besitz“ hat seinen Anteil daran. Ueberhaupt: was ist heute noch unter „solidem, altem Besitz“ zu verstehen? Die Zahl der Vertreter des alten Besitzes, die nicht direkt oder indirekt an den Erträgen des unser gesamtes geschäftliches Leben beherrschenden Wuchers und Schiebertums teilnehmen, dürfte sehr, sehr klein geworden sein.

Am tollsten wird die Prasserei just in den Teilen des Reiches getrieben, die von feindlichen Truppen besetzt sind. In Anknüpfung an kritische Betrachtungen, die ich im Zusammenhang mit den Steuerfragen im Reichstag über diese Erscheinungen angestellt hatte, ging mir dieser Tage aus Köln von kundiger Seite eine Darstellung zu, die tief blicken läßt. Was nützen alle schönen Reden über die Leiden im besetzten Gebiet, heißt es da, wenn sich das Leben und der äußere Luxus namentlich in den besetzten Städten Köln und Aachen tagtäglich vor den Augen unserer Feinde in Orgien abspielt. Hier in Köln, können Sie das Verschwenderleben vieler Einheimischer in den feinen Restaurants, Schlemmerlokalen und Kabaretts kennen lernen. Weine für 100 Mark und mehr werden hier getrunken, der Sekt fließt in Strömen. Fabelhaft sind die Gewinne der Export- und Importgeschäfte, die wie Pilze aus der Erde sprießenden Bankgeschäfte, die sich namentlich auf die Valutaspekulation verlegen. Ist es richtig, daß jugendliche Bankdirektoren Gehälter beziehen, mit denen sie in wenigen Jahren zu Millionären werden? Ist es richtig, daß ein junger Fabrikant in seiner Villa mit Autos, Vollblutpferden, 16 Dienstboten und Gärtnern bei Schlemmerfesten einen fürstlichen Glanz entfaltet? Ist es richtig, daß andere Fabrikanten und Händler ihre Einkommen auf ebensoviel Millionen steigern können, wie sie vor kurzem noch Tausende zählten. Daß sie Vergnügungsreisen in die bayerischen und österreichischen Alpen in Luxusautos zurücklegen, während es im ganzen Reiche an Brenn-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210128-15/fragment/page=0001

stoff für Motore fehlt? Bälle, Tanzereien, Schlemmereien, die ganze Nächte ausfüllen, sind nichts seltenes Und das alles vor den Augen der Engländer.

Mit vollem Recht fragt der Schreiber, ob derartige Erscheinungen wohl geeignet sind, das Erbarmen unserer Feinde mit dem deutschen Volke wachzurufen. Es wäre aber falsch zu glauben, daß ein solches Treiben nur in Köln und Aachen vorkäme. Nein, es ist über ganz Deutschland verbreitet, in den Städten wie in den Herrschaftshäusern der großen Grundbesitzer kann man es beobachten. Die Prasser fragen nichts danach, daß sie den verschwendeten Ueberfluß den hungernden Frauen und Kindern rauben, noch weniger danach, daß sie den Feinden Deutschlands nur neue Vorwände zur Knebelung und Aussaugung des deutschen Volkes bieten. Die dahinsiechenden Millionen müssen den Landesverrat büßen, den die Frivolität besitzender Schichten mit ihrer Prasserei verübt.

Die Besitzsteuern, die nach Helfferich „die großen Vermögen zermalmen", und daher „so rasch wie möglich abgebaut werden müssen", sind bisher kein Hindernis für die Prasserei gewesen und sie werden es künftig noch weniger sein, wenn die Bemühungen Helfferichs, das Reichsnotopfer auszuhöhlen, bei den bürgerlichen Parteien auch künftig soviel Verständnis finden, wie in den letzten Tagen.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung. Donnerstag, den 27. Januar, 1921, nachm. 1 Uhr.

Nach Erledigung kleiner Vorlagen folgt die Beratung der Interpellation über die Vorlage eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, die von den Frauen sämtlicher Fraktionen, mit Ausnahme von Frau Zetkin (Komm.) eingebracht wurde.

Abg. Frau Müller-Otfried (D. N.): Wir verlangen baldigst die Vorlage eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Die staatliche Jugendfürsorge reicht zwar für die seelischen Bedürfnisse der Erziehung nicht aus, ist aber umso notwendiger für die Erreichung sozialer Ziele.

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung legt Wert darauf, durch ein Reichsgesetz der Vernachlässigung der Jugend entgegen zu arbeiten. Leider begegnet die Durchführung des Gesetzes finanziellen Schwierigkeiten, da es unbestimmt ist, ob das Reich oder die Bänder die Kosten zu tragen habe. Der Reichsfinanzminister hat 50 Millionen Mark als Reichszuschuß zur Verfügung gestellt.

Abg. Frau Dr. Baum (Dem.): Mit den Ausgaben für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge sind wir einverstanden doch muß für die Jugend auch etwas übrig bleiben.

Abg. Frau Schröder (Soz.): Das einzige Erfreuliche in den Ausführungen des Ministers Koch war die Erklärung, daß das Gesetz in der nächsten Zeit dem Reichstage zugehen werde. Wir haben in den letzten Wochen die große Aktion der Kinderhilfe im ganzen Reiche erlebt und finden es umso sonderbarer, daß man sich an den höchsten Stellen in dieser Zeit, statt zu handeln, noch über Kompetenz- und Finanzfragen streiten kann. Wenn für unsere Kinder von reichswegen 50 Millionen Mark ausgeworfen werden, so ist das verhältnismäßig eine sehr kleine Summe. Im Etat des Reichsministeriums des Innern wurden für die technische Nothilfe 40 Millionen Mark eingestellt. Wir bedauern außerordentlich, daß uns der Entwurf des Jugendwohlfahrtsgesetzes nicht längst schon zugängig gemacht wurde. (Sehr richtig.) Wir ersuchen die Reichsregierung dringend, den Gesetzentwurf in kürzester Zeit dem Reichstage vorzulegen. (Beifall.)

Abg. Frau Dr. Matz (D. Vp.): Die private Fürsorge, die Außerordentliches geleistet hat, darf nicht unterbunden werden, aber der Staat als letzte Instanz muß die Leitung und Ueberwachung in die Hand nehmen. Es ist erfreulich, daß sich alle Frauen in diesem Hause, so getrennt wir in wirtschaftlichen Fragen sind, zu diesem kulturellen Werke zusammengeschlossen haben. (Bravo!)

Staatssekretär Schulz: Entgegen der Behauptung einer Vorrednerin, daß der Gesetzentwurf dem Hause nicht zugängig gemacht worden sei, muß ich erklären, daß ich bereits im Frühjahre einige der wenigen vorhandenen Exemplare an Persönlichkeiten verteilte, von denen ich annehmen konnte, daß sie dieselben ihren Fraktionen übereichen würden. U. a. übergab ich auch der Abg. Frau Zietz mehrere.

Abg. Löwenstein (U. S.): Wir betrachten das Gesetz nur als Abschlagszahlung, denn man kann nicht ein einzelnes Gebiet aus dem ganzen Zusammenhang dieser Fragen herauslösen und reformieren. Wir stellen an die Spitze der Erziehung Solidarität and soziales Gemeinschaftsgefühl. Obwohl wir uns von der reichsgesetzlichen Regelung der Materie nichts wesentliches versprechen, sehen wir doch ein, daß ein Mindestschutz für die Jugend dringend notwendig ist. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Frau Zetkin (Komm.): Die bürgerliche Gesellschaft will sich im Grunde nur gegen die Brecher ihrer Ordnung schützen. Wir aber wollen ein starkes idealistisch gesinntes Geschlecht revolutionärer Kämpfer heranziehen, das ein neues Zeitalter heraufführt. Der Staat, die Gesellschaft hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Erziehung der Kinder. Das Kind ist nicht das Eigentum der Eltern, sondern die Gesellschaft hat für seine größte Entwicklungsmöglichkeit zu sorgen. Wir werden uns bestreben, die Schandmale der kapitalistischen Ordnung aus dem Jugendfürsorgegesetz nach Möglichkeit zu entfernen.

Abg. Frau Lang-Bruman (Bayr. Vp.): Dem Reichsjugendfürsorgeamt sollte ein Beirat aus den Landes-Fürsorgeämtern beigegeben werden.

Abg. Frau Neuhaus (Z.): Die Not der Jugend übersteigt alle Grenzen. Ich bin erstaunt, wie wenig meine Ansichten von denen der Frau Zetkin abweichen und hoffe, daß wir in dieser Beziehung gut zusammenarbeiten können.

Darauf folgt die dritte Beratung des Entwurfes eines Gesetzes über den Erlaß von Verordnungen für die Zwecke der Uebergangswirtschaft.

Vor der Abstimmung verlassen unter allgemeiner Heiterkeit die Unabhängigen und Kommunisten den Saal, um bei der Gesamtabstimmung eine Zweidrittelmehrheit des Hauses zu verhindern. — Unter Ablehnung eines deutschnationalen Antrages wird der Entwurf unverändert angenommen.

Präsident Löbe: Obwohl die Frage, ob das Gesetz ein verfassungsänderndes ist, noch der Klärung bedarf, legt die Regierung auf seine Annahme keinen Wert, wenn nicht die verfassungsmäßige Mehrheit dahinter steht. Die Gesamtabstimmung wird daher an einem anderen Tage stattfinden.

Reichswehrministerium.

Es folgt die zweite Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums. — Als Berichterstatter berichtet Abg. Stücklen (Soz.) über die Ausschußverhandlungen.

Abg. Schöpflin (Soz.): Ungeachtet der im Ausschuß vorgenommenen Abstriche, bleiben nach unserer Ueberzeugung in dem Etat noch Ausgaben, die ohne Gefährdung wichtiger Interesse gestrichen werden können. Mit den Stellen von Stabsoffizieren ist sehr verschwenderisch umgegangen, man hat sich in den höheren Stellen eben gegenseitig versorgt. In der Garnison Magdeburg hat man für die Unterbringung von 1440 Mann soviel Kasernen gebraucht, wie früher für mehrere Regimenter. Diese Raumverschwendung steht in krassem Gegensatz zur Wohnungsnot und zu unserem Finanzelend. Bestimmte Gründe hindern mich anzugeben, zu welchem Zwecke das gemacht wird. Den Offizieren wird jeder Wunsch nach einer bestimmten Garnison erfüllt, daher werden die Formationen übermäßig auseinandergerissen. Ueberall fehlt es im Etat an der notwendigen Sparsamkeit. Dagegen wird an Kleinigkeiten Sparsamkeit demonstriert: Im Etat steht wörtlich, daß der Reichswehrminister auf das Auto des Chefs der Heeresleitung angewiesen sei. Bei den guten Beziehungen der beiden Herren zueinander ist nicht anzunehmen, daß der Chef der Heeresverwaltung dem Minister das Auto sperrt. (Heiterkeit.) Schon sind parlamentarische Kräfte am Werk, um die wenigen Abstreichungen wieder rückgängig zu machen. — Ich bitte, den Antrag unseres Freundes Radbruch anzunehmen, der eine reichsgesetzliche Neuordnung der Bestimmungen über den Waffengebrauch fordert. Ebenso fordert dieser Antrag ein Gesetz zur Abänderung über Militärgerichtsbarkeit, welches die Rechte des Gerichts beseitigt. Gefährlich und ganz im Sinne des alten Systems erscheint die Organisation der obersten Behörden der Reichswehr, wonach der Chef der Heeresleitung zwar die Macht, aber nicht die Verantwortung hat. Auch früher pfiffen die Leiter des Generalstabes und Militärkabinetts ein lustig Liedlein auf die Bestimmungen des Reichstages. (Zuruf links: Und heute?) Bei einem nicht sehr energischen Minister ist dieser Zustand den militärischen Herren sehr angenehm. Sie sitzen draußen und der Zivilist muß die Kritik des Reichstages aushalten. Es wird nicht mit hinreißender Engerie gearbeitet, den Geist der Reichswehr mit ihren neuen Aufgaben in Einklang zu bringen. Der Minister hat erklärt, das Offizierkorps sei in seiner Mehrheit monarchisch. Dann aber muß er gerade als parlamentarischer Minister das Offizierskorps mit schärfstem Auge überwachen, damit künftig die Exzesse gegen die Regierungsautorität und die Republik unterbleiben. Gesinnungsschnüffelei verlangen wir nicht, aber die Verhöhnungen der Republik, wie sie vielfach vorgekommen sind, verbitten wir uns. Das Organ des deutschen Offiziersbundes bringt am heutigen Geburtstage des Exkaisers einen im alten byzantinischen Geiste gehaltenen Artikel, in dem es ihm die tiefempfundendsten Glückwünsche der deutschen Offiziere zu Füßen legt. Dem deutschen Offiziersbunde gehören zahlreiche Reichswehroffiziere an. Als aber das Soldatenblatt Schild und Scholle einen farblosen Artikel gegen den Reichswehrgesetzentwurf brachte, wurde es für Reichswehrsoldaten verboten! In Bayern, wo überhaupt seltsame Dinge vorgehen, läßt man die Offiziere und Soldaten, die sich im Kapp-Putsch als verfassungsgetreu erwiesen haben, dies jetzt entgelten. Da wird ihnen in die Führungsliste geschrieben: Führung sehr gut, bis auf das Verhalten in den Kapptagen. (Hört, hört links.) Es gehen unter den Regimentskommandeuren von General v. Höhl unterzeichnete Rundschreiben herum, in denen nach der Gesinnung der Offiziere und Mannschaften gefragt wird. Auf der äußersten Linken sollte man einsehen, daß alle unbesonnenen Streiche nur den Offizieren mit Recht Anlaß geben, den Geist der Soldaten in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das Erste, was der Reichswehrminister durchführte, war die neue Bekleidungsvorschrift. Das Wiedererscheinen der Achselstücke und Orden (Redner weist auf die Offiziere auf den Regierungsbänken) ist eine Kapitulation vor den Offizieren. Der Autorität des Ministers hat nichts mehr geschadet. Dem Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten werden große Hindernisse bereitet. Mit Vorwänden, wie der R. D. B. wolle einen Soldatenstreik organisieren, sympathisiere mit den Linksradikalen, wird gegen ihn gearbeitet. Das Wehrkreiskommando 1 erließ für Reichswehrsoldaten ein Verbot, daß vom Minister bestätigt ist, dem R. D. B. anzugehören. Begründet ist das Verbot mit dem Streben des R. D. B. nach Abänderung des Wehrgesetzes im Sinne der Koalitionsfreiheit der Soldaten. Dagegen konnte man für ein Verbot des Beitrittes zum Verbande national gesinnter Soldaten keine Handhabe finden, weil das Reichswehrgesetz noch nicht in Kraft getreten sei. Auch wir Sozialisten erkennen an, daß jede Regierung eine Macht in Händen haben muß, um ihre Gesetze und Verordnungen durchführen zu können. Dieses Machtinstrument muß aber in seinem Innern, in seinem Geiste an die deutsche Republik angepaßt sein. Dafür zu sorgen ist Pflicht des Ministers. Wenn aber das Instrument so aussieht, wie die heutige Reichswehr, so werden sich immer Reibungsflächen mit der Arbeiterschaft ergeben und die monarchische Gefahr, auf die nach meiner Ueberzeugung der General von Seeckt hinarbeitet, wird wachsen. Man muß ein bekanntes Wort von Schiller wie folgt abändern: Denn wo das Strenge mit dem Zarten, wo Seeckt sich und Geßler paarten . . . (Große Heiterkeit.) Herr von Seeckt hat sich mehr und mehr zu dem eigentlichen Wehrminister entwickelt, Geßler ist sein völlig reibungslos arbeitendes Instrument. Die offen republikanischen Offiziere werden von ihren monarchistischen Kameraden als Gesinnungsschweine beschimpft. Wir Sozialdemokraten arbeiten gegen die monarchistische Gefahr und werden nie aufhören, für Erhaltung der Republik zu kämpfen.

Abg. Ersing (Z.): Der Herr Reichswehrminister ist seiner Aufgabe voll und ganz gerecht geworden. Er hat alles getan, um eine dem Volke dienliche Wehrmacht zu schaffen. (Gelächter links.) Wir sind der Ueberzeugung, daß die guten Traditionen des alten Heeres in der Reichswehr fortleben. (Bravo rechts. — Unruhe auf der äußersten Linken.) Möge die Reichswehr in Verfassungstreue ohne Gesinnungszwang dem Ganzen des Volkes dienen! (Lebhaftes Bravo rechts und im Zentrum!)

Abg. von Gallwitz (D. N.): Das Kriegsministerium selbst konnte sich nicht verkleinern, da die Arbeit auch bei einem kleinen Heer dieselbe ist und die Umstellung viel Arbeit macht. Schöpflins Aeußerungen über den 27. Januar werden diejenigen nicht beirren, die sich an diesem Tage besonderen Empfindungen hingeben.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr. Anfragen, Weiterberatung. Schluß ¾7 Uhr.

Obstruktion der Unternehmer.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages setzte die Beratung des Gesetzes über die Betriebsbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung fort. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der von allen übrigen Parteien gestellte Kompromißantrag zu § 1 angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

§ 1: Die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 vorzulegende Betriebsbilanz muß nach den für das Unternehmen geltenden gesetzlichen Bilanzgrundsätzen die Bestandteile des Vermögens und der Schulden des Unternehmens derart ersehen lassen, daß sie für sich allein und unabhängig von anderen Urkunden eine Uebersicht über den Vermögensstand des Unternehmens gewährt. Das dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmens bleibt hierbei außer Betracht (!)

Dazu wurde noch folgender § 1a hinzugefügt: Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die Bedeutung und Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben. Auf wesentliche Veränderungen, die im Geschäftsjahr

Das Stefcsik-Haus.

Roman von Béla Bacsó.

Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

(19. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Der Baumeister, der bis zum Hals in allerhand Unternehmungen stak, dachte daran, es würden im nächsten Monat verschiedene seiner Wechsel fällig werden, und daß er bei genügender Deckung auch einige gute Geschäfte machen könnte; an der Ausführung seiner Pläne wird er bloß durch das Verhalten seines lebensfremden Bruders verhindert, der für eine bestattete Leiche so unvernünftig pietätvolle Gefühle hegt. Und er bemerkte mit Spott:

„Freilich, man sieht, daß du ein Lehrer ist . . . Ein Bücherwurm."

Doch antwortete der Bruder nicht, und er verfluchte bei sich zornig jene Unbeholfenheit, von der der Lehrer durchdrungen war und ein Hindernis seiner großartigen Pläne bildete. Darüber, was für Pläne er mit dem Hause habe, schwieg er selbstverständlich. Vorigen Monat war nämlich gegenüber von der Wiesenseite des Stefcsik-Hauses der Bau einer Stahlfabrik beendet worden. Nach Beendigung des Baues hatte die Leitung der Fabrik beschlossen, anspruchslose und in der Bildung noch mehr zurückgebliebene rumänische und ruthenische Arbeiter zu beschäftigen und diese dadurch noch mehr an den Betrieb zu fesseln, daß sie ihnen zu dem entsprechend herabgesetzten Lohn auch Wohnung gibt. Für diese Zwecke ein neues Gebäude erbauen zu lassen, schien zu teuer, doch deuchte sie das Stefcsik-Haus entsprechend, und sie ließen sich mit dem Baumeister Stefcsik auch in Verhandlungen ein, ihm die erforderlichen Arbeiten in Aussicht stellend. Der Baumeister, der in allem die Unersättlichkeit seines Vaters geerbt hatte, gab mit Freude und ohne an die möglicherweise entstehenden Hindernisse zu denken, das Versprechen ab, die Angelegenheit werde in zwei oder drei Monaten spruchreif sein. Alles schien einen günstigen Verlauf zu nehmen. Sein Vater starb, und nun konnte er über sein Teil frei verfügen. Bloß der starrköpfige und sentimentale Lehrer schien ein Hindernis zu bilden. Und er weiß doch ganz bestimmt, daß sein Bruder nicht gerade in den glänzendsten materiellen Verhältnissen lebt, Schulden hat und auf etwas Geld äußerst angewiesen wäre.

Frau Stefcsik sank weinend an die Brust ihres Lehrer-Sohnes und betrachtete sein mageres, leidendes Gesicht. Kindisch, mit altweiberlichem Wohlwollen streichelte sie das stoppelige Antlitz des seit langem nicht gesehenen Sohnes.

„Als ich dich zum letzten Male sah, warst du noch Priester. Nun aber, Gott verzeih dir die Sünde, hast du ein Weib, und ich habe zwei schöne Enkelkinder."

Und sie küßte glückselig die beiden ängstlichen kleinen Knaben.

Die Frau des Mittelschullehrers war eine Dame. Die Zustände im Haus deuchten sie höchst tiefstehend, der Haushalt der Schwiegermutter sehr jämmerlich. Sie fühlte sich in dieser Umgebung recht unbehaglich und sehnte sich danach, bald wieder fortzukommen.

Der Baumeister konnte sich in die Ablehnung nicht fügen. Vielleicht ließ sich bei der Frau sein Wille leichter durchsetzen.

„Schau'n Sie, liebe Frau Schwägerin," begann er, „mit meinem Bruder kann ich nicht vernünftig sprechen. Ich glaube, Sie werden mich verstehen . . . Es handelt sich darum, daß dieses Haus, das unsere gemeinsame Erbschaft ist, verwertet werden müßte. Ihr Gemahl spricht von Pietät und bockt . . . Liebe Frau Schwägerin, die Sache steht wie folgt: Ich bin geneigt, den Anteil meines Bruders für sechzigtausend Kronen zu übernehmen und die Summe binnen kurzer Zeit, eventuell morgen, oder, wenn es sehr dringend ist, noch heute auszuzahlen. Belieben Sie doch zu bedenken, daß dies bares Geld ist und gleich bezahlt wird. Das Haus hätte uns, bei Gott, nicht einmal fünf Prozent getragen. Bis wir das Geld nach Erledigung der vielen Formalitäten bekämen, würde geraume Zeit verstreichen. Oder brauchen Sie vielleicht das Geld nicht?"

Der Baumeister beobachtete, während er sprach, das Gesicht der Frau und wurde seiner Sache immer gewisser. Er bemerkte, die Frau sei überzeugt, und die Sache werde sich erledigen lassen, und so erklärte er denn weiter:

„Die Sache stößt auf keinerlei Schwierigkeiten. Der Vertrag ist bereits fertig und braucht nur unterschrieben zu werden."

Die Frau sprach mit ihrem Mann energisch, klug und überzeugend. Berief sich darauf, es schwebe gegen sie auch jetzt ein Pfändungsverfahren, ein Teil des Gehaltes sei beschlagnahmt, die Schuhe der Kinder seien zerfetzt, schließlich aber, da sich der Lehrer noch immer widersetzte, schleuderte sie ihm halb weinend und zornig ins Gesicht, der Mann, der nun bereits tot ist und der auch an ihrem Unglück Schuld trägt, werde jetzt nicht mehr protestieren können. Die Pietät sei eine Phrase.

Der Lehrer wurde von den grausamen Beweisen seiner Frau betäubt und fügte sich; er unterschrieb den Vertrag

Und damit war das Schicksal des Stefcsik-Hauses auch schon besiegelt. Einen Monat später kündigte der Baumeister allen Bewohnern der Zinskaserne.

XV.

Auch im Stefcsik-Haus wurde von jener großen Versammlung gesprochen, die von den Sozialisten im Gasthof „Zum grünen Baum" abgehalten ward, und bei der viele Arbeiter verhaftet wurden.

„Es ist alles vergeblich, die Armen mögen sich mit ihrem Schicksal abfinden, da nützen keine Versammlungen. Gegen Gottes Fügung ist nichts zu wollen," sagte einer, der in Demut gealtert war, selbst in seinen besten Zeiten nur einmal in der Woche einige Bissen Fleisch gegessen, ganz selten etwas Alkohol getrunken und sein Weib niemals betrogen hatte, der nie nach etwas verlangte, was seinen Begriffen nach für ihn unerreichbar gewesen wäre.

„Ohne Gottes Hilfe erreichen wir nichts. Die Sozialisten aber sind gegen Gott," sagte eine Tabakfabrikarbeiterin, die ein eifriges Mitglied des dritten Ordens war und zum Schutz ihrer Jungfernschaft seit dreißig Jahren den Thomasgürtel trug.

Eines Tages ging Karl Fischer zu den Csermaks hinüber. Er brachte Mathilde eine traurige Nachricht:

„Josef Jakob ist von der Polizei verhaftet worden. Er steht unter der Anklage der Aufreizung und Verhetzung. Wird eins — zwei erledigt werden. Das Gesetz ist sehr streng.

Mathilde lauschte erschüttert Karls Worten. Sie hatte das Gefühl, jede Glücksmöglichkeit habe für sie ewig aufgehört. Josef Jakobs Gefangenschaft bedeutete für sie auch eine Lockerung der Willensfreiheit. Denn bisher hatte sie voll Hoffnung das häßliche und elenderschwerte Leben des Elternhauses ertragen, jetzt aber erfüllte sie nichts mehr mit Hoffnung. Bisher hatte sie sich einem schönseeligen und wertvollen Menschen zuliebe mit ihrem freudlosen Schicksal abgefunden, jetzt aber war alles zu Ende. Mathilde zerquälte sich mit Gehirn und Nerven zermalmenden Gedanken. Denn sie fühlte, Josef Jakobs Verhaftung bedeute eine neue Wendung in ihrem Leben. Sie wollte dieses Leben nicht weiterführen. Dachte voll Entsetzen daran, auch noch länger in der öden und unheimeligen Umgebung ihrer elendgeschlagenen Eltern ein Märtyrerdasein zu fristen. Sie sehnte sich nach Tau, nach Sonne, nach ein wenig Freude, nach einer schöneren und verdienteren Möglichkeit des Lebens und hatte das Gefühl, daß sie geneigt wäre, hierfür jeden Preis zu bezahlen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751921012 8-15/fragment/page=0002

vorgekommen sind, ist hinzuweisen. Sind Aktiva oder Passiva im Laufe des Geschäftsjahres aus dem Betriebsvermögen dem Nichtbetriebsvermögen oder aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsvermögen zugeführt worden, so sind sie bei Vorlegung der Betriebsbilanz in einer besonderen Aufstellung aufzuweisen. Gehören zu dem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit die Eigenart des Unternehmens und der dazu gehörigen Betriebe gestattet (!), die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erläutert werden.

Die übrigen drei Artikel der Regierungsvorlage wurden mit Streichung des Absatzes 2 zu § 4 angenommen, der besagt, daß die Vorschrift auf Bilanzen, sowie auf Gewinn- und Verlustrechnung die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes schon aufgestellt waren, keine Anwendung findet. Die Bilanzen für das Geschäftsjahr 1920 sind demnach dem Betriebsrat vorzulegen.

Es wird immer herrlicher in der demokratischen Republik Deutschland, denn keiner wird glauben, daß in den Augen der Unternehmer „die Eigenart des Betriebes" eine strikte Heranziehung der Betriebsbilanzen gestattet. Die ganze Abfassung der Vorlagen zeigt uns, wie sehr Deutschland wieder im bürgerlich-kapitalistischen Fahrwasser schwimmt. Sorgen wir am 20. Februar dafür, daß die „Eigenart der Betriebe" sozialistisch wird. Dann brauchen wir nicht mehr gegen die Obstruktion des Unternehmertums zu kämpfen.

Prinzipienfest bis zum Geldbeutel.

Niemand hat schärfer die offizielle Reichseinrichtung, Heimatdienst genannt, bekämpft, als die ehemaligen Unabhängigen, die später Kommunisten wurden. Aber es zeigte sich eine ähnliche Erscheinung wie bei ihrer Stellung zur Reichswehr. Auch diese wurde fürchterlich bekämpft und hinten herum verhandelte Emil Barth mit derselben, um sie in seine Dienste zu stellen. Auch der Kommunist Däumig hat sich inoffiziell ganz gut mit dem Heimatdienst vertragen. Die „Rheinische Zeitung", unser Kölner Parteiorgan, berichtet:

„Im Frühjahr 1919 trat ein Mittelsmann der Redaktion des Däumigschen „Arbeiterrates" (Eine Zeitschrift, die Däumig herausgab. D. Red.) an die Reichszentrale für Heimatdienst mit der Mitteilung heran, daß der „Arbeiterrat" sich in Geldschwierigkeiten befinde. Die Leitung des „Arbeiterrates" wünsche von der Reichszentrale für Heimatdienst das nötige Kapital zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise (also durch die Regierungsgelder) könne eine überradikale Entwicklung der Zeitschrift verhindert werden."

Als Gegenleistung wollte sich die Leitung der Zeitschrift verpflichten, jede Woche einen Artikel von bestimmter Länge in sachlich unterrichtendem Sinne und in der Richtung der sonstigen Bestrebungen des Heimatdienstes im „Arbeiterrat" unterzubringen. Das Geld in Höhe von 30000 Mark ist tatsächlich auf Umwegen gegeben worden. Ein Zeichen, daß die Vereinbarungen zustande gekommen ist. Ein besonders günstiges Licht wirft das gerade nicht auf die Reinheit der prinzipiellen Stellen jener radikalen Männer. In Zusammenhang mit dieser Nachricht wirkt das Geschrei im gestrigen „Klassenkampf" über die Korruption im Heimatsdienst besonders eigenartig. Haben die Kommunisten nicht genug Geld bekommen?

Die Futtertrippe.

Das Geschrei der reaktionären Presse über parteipolitische Besetzungen der Staatsämter durch die Sozialdemokratie nimmt kein Ende. In einer energischen Erklärung wendet sich die Vereinigung sächsischer höherer Staatsbeamter gegen die von der Sozialdemokratie geforderte Besetzung der höheren Beamtenstellen. Man verlangt, daß die verfassungsmäßig gewährleistete politische Gesinnungsfreiheit der Beamten geachtet und geschützt werde.

Immer wieder muß betont werden, daß die Sozialdemokratie in der Besetzung der Aemter ein unglaubliches Maß von Rücksicht gegenüber den Beamten an den Tag gelegt hat, die sich nicht zur sozialdemokratischen Partei bekannten. Wie steht es in Preußen? Eine demokratische Korrespondenz hat dieser Tage eine Zusammenstellung verbreitet, aus der hervorgeht, daß 1918 von 438 preußischen Landräten 238 adlig waren, von 37 Regierungspräsidenten 25 adlig und daß alle 12 Oberpräsidenten blaues Blut hatten. Dagegen gibt es gegenwärtig 4 sozialdemokratische und drei demokratische Oberpräsidenten, 4 sozialdemokratische und 10 demokratische Regierungspräsidenten, 50 sozialdemokratische und 40 demokratische Landräte. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß schon unter den Regierungspräsidenten die Sozialdemokratie durchaus nicht in einer Zahl vertreten ist, die ihrem Anteil am preußischen Volk entspricht. Bei den Landräten ist das erst recht nicht der Fall.

Warum also soviel Angst in Sachsen?

Reden und Versicherungen.

Unsere Militaristen gefallen sich in letzter Zeit darin, vor den Korrespondenten ausländischer Blätter mit ihrer Weisheit zu glänzen. So hat Herr Escherich neuerdings einem amerikanischen Korrespondenten sein Herz ausgeschüttet, wobei er seine üblichen Redensarten über die Harmlosigkeit der Orgesch zum — wievielten? — Male wiederholte und die Orgesch sogar als „eine ausgleichende Organisation in demokratischem (?) Sinne" verherrlichte. Herr Escherich mag noch so oft das Bild der Orgesch mit seinem Phrasenbrei überschmieren, in der Praxis kommt es doch immer wieder in unverfälscht reaktionärem Glanze zum Vorschein.

Wo Escherich redet, kann Ludendorff nicht schweigen. Er hat in seiner Villa zu seiner durch Arnold Rechberg veröffentlichten Denkschrift einem Schweizer Journalisten längere Mitteilungen gemacht. Herr Ludendorff predigt die Einigkeit Europas gegen den Bolschewismus, und er hat ja auch alles Recht dazu. Denn um die Einigkeit Europas hat sich Ludendorff von 1914 bis 1918 das denkbar größte Verdienst erworben! Daß aber Ludendorff durchaus den Bolschewismus vernichten will, finden wir pervers. So grausam darf doch ein Vater gegen sein eigenes Kind nicht vorgehen, namentlich wenn er, wie Ludendorff, diesem Kind, als es noch in zartestem Alter war, so sorgsam die Wege geebnet hat.

Absage an die Kommunisten.

Die Chemnitzer Betriebsräte nahmen in einer Vollversammlung zu dem offenen Brief der V. K. P. D. Stellung. Die Abstimmung über ihn brachte den Kommunisten eine klägliche Niederlage. Er wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Auf der Generalversammlung der Bremerhavener Metallarbeiter brachten die Kommunisten die bekannten Stuttgarter Forderungen in Form einer Resolution ein. Auch holten sie sich eine glatte Niederlage. Mit überwältigender Mehrheit wurde die Resolution abgelehnt.

Stimmen der Vernunft.

Ein Beitrag zur Pariser Konferenz.

Von Hans Här.

Wenn die deutschnationalen und volksparteilichen Kreise jemals glaubten, daß die Versicherungen ihrer Friedensliebe von den konsequent und sozialistisch denkenden Teilen unseres Volkes als Evangelium aufgenommen würden, so waren sie entsetzlich kurzsichtig. Mit Ausnahme des gewissen Anhanges, der überall da zu finden ist, wo eine der alten „Ordnungsparteien" ihr Lager aufschlägt, weiß das deutsche Volk schon längst, was von dem Auftreten des Herrn Stinnes' und von den rechtsradikalen Phrasen der „Notwendigkeit erhöhter durchgeistigter Arbeit", die auf eine durchgeistigte Erhöhung der Arbeitszeit hinauslaufen, zu halten ist. Aber auch das Ausland, das nur zu leicht Gefahr läuft, den kreischenden Chor der Stinnes-Presse, die prozentual viel zu stark vertreten ist, für die Stimme des deutschen Volkes halten zu müssen, sieht allmählich klarer und bemerkt die Scheidung zwischen unseren Hetzreaktionären und dem weitaus größeren Teile des deutschen Volkes, der es mit Demokratie und Weltfrieden ernst meint und keine Revanche, sondern Stabilität der internationalen Beziehungen für notwendig erachtet.

Aus dieser Erkenntnis heraus kann das Ausland auch die zahlreichen Bedenken unserer Militaristen gegen eine Auflösung der Selbstschutzorganisationen und die sonstige Entwaffnung nicht anerkennen, wie eine neue Aeußerung des „Manchester Guardian", des bekannten bürgerlich linksgerichteten Blattes Englands, das deutsche Verhältnisse und inneren Schwierigkeiten entsprungene Bedürfnisse stets loyal beurteilte, uns klar vor Augen führt. Was sagen unsere „Nationalen", die stets nur friedliche, ordnungstendenziöse Momente als Beweggründe ihres Eintretens für die Einwohnerwehr angaben, nun, da ihnen der „Manchester Guardian" in nachfolgenden Zeilen die heuchlerische Maske herunterreißt. Er schreibt nämlich:

„Wenn das deutsche Auswärtige Amt von der Einwohnerwehr als einer nichtmilitärischen Macht spricht, die zur Selbstverteidigung im Innern da ist, so meint es damit zweifellos, daß sie nicht für einen Krieg mit Frankreich mobilgemacht werden kann. Das ist wahr genug. Das deutsche stehende Heer und alle deutschen Selbstverteidigungsverbände zusammen könnten auch nicht mit der geringsten Aussicht auf Erfolg in den Krieg gegen Frankreich ziehen, selbst wenn das deutsche Volk hinter ihnen stände, wie das sicherlich nicht der Fall ist. Aber darüber hinaus ist das deutsche Argument nicht triftig. Die bayerische Einwohnerwehr ist gut diszipliniert, hat Artillerie aller Kaliber, kann also zwar keinen Krieg nach außen, wohl aber einen Bürgerkrieg führen, und es besteht überhaupt kein Zweifel darüber, daß, wenn sie verwendet wird, sie allein im Interesse der Reaktion Verwendung finden wird."

Wir sehen, daß das englische Blatt keineswegs vom chauvinistischen Geist befangen ist, wie die ersten Zeilen der zitierten Ausführungen jedem Einsichtigen zur Genüge zeigen werden. Aber selbst diese Zeitung, die das außenpolitische Moment der Einwohnerwehrfrage für nicht so gefährlich erachtet, kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Orgesch eine hochgradige innerpolitische Gefahr für Deutschland bedeutet. Ein Schluß, der nicht von sanguinischer Denkart eingegeben sein kann, da es die englischen Liberalen ja ureigentlich nicht anzusechten braucht, ob in Deutschland Demokratie oder Aristokratie Oberwasser haben. — Aber der „Manchester Guardian" denkt weiter. Er weiß, daß durch das Erstarken der Orgesch ein allgemeiner Umsturz in Deutschland vorbereitet würde, daß der vielgenannte bayrische Forstbauptmann sich zu einem willfährigen Schrittmacher der Monarchie entwickeln würde. Weiterhin erkennt das englische Blatt, daß das durch die Orgesch-Treibereien auf den Schild erhobene Kaisertum erneut eine Gefahr für den Weltfrieden bedeuten würde.

Sind es also etwa chauvinistische Bewegründe, die diese als deutschfreundlich bekannte, einflußreiche Zeitung bei ihren Forderungen leiten? Oder sind die wahren Chauvinisten nicht vielmehr in unserem eigenen Lande zu suchen, jene Leute, die angesichts der ungeheuer zahlreichen, frischen Wunden des Weltkrieges die Revanche vorbereiten, uns gänzlich ins Unglück stürzen wollen, statt in geregelter, zielbewußter Aufbauarbeit einer glücklicheren Zukunft unseres Volkes den Weg zu ebnen.

Hoffentlich erkennen endlich, alle arbeitenden Kräfte unseres Vaterlandes, wie sehr die Alldeutschen mit unseren noch vorhandenen materiellen und seelischen Werten Schindluder treiben. Traurig, aber nur allzu wahr ist auch die Tatsache, daß viele Kreise des Auslandes uns objektiver beurteilen, uns bei der Wiederaufbauarbeit in weit größerem Maße fördern wollen als viele unserer „Führerpersönlichkeiten", sogenannter besserer Leute, denen es nur auf die nationalistische Verhetzung und Irreführung der breiten Masse des Volkes ankommt. Oder wollen wir dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant", dem größten holländischen Organ, das während des Krieges gar nicht um unsere Sympathie buhlte, unlautere Motive unterschieben, wenn er in einer neuen „Allgemeinen Rundschau" schreibt:

„Ist die deutsche Gefahr eine Tatsache oder nur die Ausgeburt einer geängstigten Einbildung? Wir sind geneigt, letzteres anzunehmen. Der kräftige Versuch, den die deutsche Industrie augenblicklich macht, sich zu erholen, ist nicht zu verkennen. Die deutsche Mark steht tief, aber in der letzten Zeit ziemlich fest, so daß der deutschen Industrie die Möglichkeit gegeben ist, auf vielen Gebieten erfolgreich im Auslande zu konkurrieren. Das sind Dinge, die einzelnen französischen Politikern auf die Nerven fallen. Trotzdem hat man auf der Sachverständigenkonferenz in Brüssel angefangen zu erkennen, daß nur durch Vermehrung der Aufbautätigkeit in Deutschland eine Wiedergutmachung von deutscher Seite zu erwarten ist. Aber dann sollte auch der alte Argwohn verschwinden."

Schon neulich konnten wir die Veröffentlichungen des Clartémitgliedes Demartial, der sich mit der Schuld am Kriegsausbruch befaßte, als einen großen Erfolg im Sinne der Völkerverständigung buchen. Die Clarté ist ja jene Vereinigung von Pazifisten und Sozialisten Frankreichs, der u. a. auch die großen Literaten Romain Rolland, Anatole France und Henry Barbusse (der Verfasser des von der deutschen Kriegszensur verbotenen sozialistischen Romans „Das Feuer") angehören. Nur die gefährlichen Bestrebungen der Escherich und Genossen machen es den Friedensfreunden jenseits der Grenzen so schwer, im Sinne der Völkerversöhnung und damit für unser Wohl zu wirken. Die obenstehenden neuen Stimmen ausländischer Zeitungen rechtfertigen um so mehr unsere außenpolitische Tendenz, die ich dahin präzisieren möchte: Mit vaterländischen Deklamationen und Hakenkreuzverhetzung ist es nicht getan. Unser zukünftiges Wohl gebietet einen gemeinsamen ehrlichen Verständigungswillen mit der Parole: Einsicht!

Ja, die Einsicht, die alle Völker erfasse, möge diese lehren, daß die Chauvinisten aller Länder eine allgemeine Wiedergesundung verhindern wollen. Tragen wir unse-

.....aber nur 5 Tage

An der Kasse in Abzug gebracht werden auf Einzelpaare, Restbestände sowie auf warme Winterschuhe 20% BAR-RABATT

Netto-Preise

Herrenstiefel		Damenstiefel	
gut. Arbeits- und Strassenstiefel, solides Fabrikat	98.-	hocheleg. Leder-Spangenschuh, modern. Absatz	88.-
echt R.-Chevr., Besuchsstiefel, eleg. Passform	148.-	solid. Strassenstiefel, in guter Lederverarbeit.	108.-
echt Boxkalf, Gesellschaftsstiefel, Ersatz für Mass.....	198.-	schicker Gesellschaftsstiefel, m. echt. Lackkappe moderne Form	138.-

Unser Fabrikat wird in Haltbarkeit und Passform nicht übertroffen

Schuhfabrik Jack & Cie. A.-G. Burg b. Magdbg.

Man achte auf den Vornamen „Conrad"

Verkaufsstelle Halle a. S., Schmeerstr. 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210128-15/fragment/page=0003

rerseits zur Herbeiführung des Weltfriedens bei! Das deutsche Volk muß in seiner Gesamtheit erkennen, daß unsere „Nationalen" in geradezu verbrecherischer Weise unser letztes Gut aufs Spiel setzen wollen, und bei der nächsten Wahl dafür Sorge tragen, daß die wahrhaft nationale Richtung des Pazifismus, die in unserer Sozialdemokratie verwirklicht ist, das politische Uebergewicht erhält. Setzt sich diese Erkenntnis durch, so ist der Einfluß der Herren Westarp, Stresemann, Kahr und Escherich für immer gebrochen.

Würde dies aber zur Tatsache werden, so wäre unsere Initiative ein anfeuerndes Beispiel, ein Signal zum Kampfe der Völker gegen die Imperialisten aller Länder und würde in höchstem Maße eine glücklichere Zukunft gewährleisten.

Notizen.

Ein großer Tag ist gestern spurlos am deutschen Volke vorübergegangen. „**Noch vor drei Jahren wurde der 27. Januar festlich** begangen" klagt gestern **die „Hallesche Zeitung"** und wärmt bei dieser Gelegenheit unverfroren die Dolchstoßlegende auf. Dabei weiß heutzutage jeder einigermaßen verständige Mensch, daß nicht nur indirekt durch ihre Unfähigkeit die ehemaligen Machthaber den Zusammenbruch verschuldeten, sondern, daß sie sich selbst der Gefährlichkeit ihres Spieles zu jeder Zeit bewußt waren. Die Selbstbekenntnisse jener Männer geben dazu die besten Einblicke.

Das abgeschüttelte Stinnesblatt. Der preußische Finanzminister Lüdemann hat unter dem 25. Januar ein Rundschreiben an die preußischen Minister versandt, in dem er bittet, den Bezug der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" schon vom 1. Februar ab einzustellen. Er weist noch ausdrücklich darauf hin, daß für den Haushaltsplan des preußischen Staates für 1921 keine Mittel für den Bezug dieser Zeitung eingesetzt werden dürfen. — Bisher hatte der Staat die Verpflichtung, 5000 Exemplare täglich abzunehmen. Die Ausgabe dafür betrug im Jahre 720 000 Mark.

Gefaßte Schieber. In allerletzter Zeit ist man außerordentlich großen Verschiebungen von Düngestickstoffmitteln, Kali und Stickstoff, über die holländische Grenze auf die Spur gekommen. Etwa 30 Personen sind verhaftet worden, die ihrer Aburteilung entgegensehen. Der Berliner Vertreter einer Kölner Firma, in deren Geheimbüchern man eine Buchung von 350 000 M. zur Erlangung von Ausfuhrbewilligungen fand, wurde verhaftet, obwohl er eine Kaution von einer Million Mark stellen wollte.

Der Kampf um die „Humanité" hat eine ziemlich überraschende Episode aufzuweisen. Mit 2911 Stimmen gegen 1179 wurde die Auslieferung an die Kommunisten beschlossen. Die Stimmen waren nicht die der Parteimitglieder, sondern die der Aktionäre. 1000 Stimmen, die für die Auslieferung abgegeben wurden, verraten aber die früher von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gezeichneten 20 000 Mark, da der Verwalter der von ausländischen Parteien gezeichneten Aktien für diese das Stimmrecht in Anspruch nahm. Wir sind gewiß, daß Bebel niemals für Sinowjew gestimmt haben würde.

Aus aller Welt.

Die Beerdigung der Oelsnitzer Opfer.

Der gestrige Beerdigungstag von 37 in Oelsnitz beheimateten Opfern des großen Unglücks hatte ungezählte Scharen Leidtragender nach der Stadt geführt. Die Leichen lagen in mit Blumen und Palmen geschmückten Särgen in der Turnhalle aufgebahrt, die in eine Trauerkapelle umgewandelt war. Ministerpräsident **Buck** und zahlreiche andere Vertreter von Behörden, Grubenvorstände, Bergwerks- und Vereinsdeputationen mit umflorten Fahnen nahmen an der Trauerfeier und an der Begleitung nach dem Friedhofe teil. Die Särge wurden zu je fünf auf schwarzverkleideten Wagen dem Zuge vorangefahren. Die Straßen waren dicht vom Publikum besetzt. Auf dem Friedhof bildeten sämtliche Bergvereine und Bergknappen in Paradeuniform bis zu den Gräbern Spalier. Nach der Trauerrede der Ortsgeistlichen folgten Ansprachen des Ministerpräsidenten **Fräßdorf** namens des Sächsischen Landtages; für die Gewerkschaft „Deutschland" sprach Bergdirektor Dr. **Pütz**. Weitere Nachrufe widmeten ihren toten Kameraden Vertreter der Belegschaft.

Der „**Oelsnitzer Volksbote**" veranstaltet eine **Geldsammlung** für die bedürftigen Hinterbliebenen der Verunglückten.

Wieder ein Bergwerksunglück.

Duisburg, 27. Januar. Auf Zeche „**Westend**" in **Duisburg-Meiderich** erfolgte heute auf der 6. Sohle ein neuer Gebirgsbruch, nachdem dort schon am 7. Januar durch Zusammenbruch einer Strecke **6 Bergleute verschüttet** worden waren. Die Zahl der verschütteten Bergleute steht noch nicht fest, wahrscheinlich sind es 11. Die Rettungsarbeiten sind sofort in Angriff genommen worden.

Berlin, 28. Januar. Wie die „Voss. Ztg." aus Paris meldet, hat sich der deutsche Botschafter Dr. **Mayer** in persönlicher Angelegenheit für kurze Zeit nach Deutschland begeben. Er wird von dem Leiter der deutschen Friedensdelegation von Mutius vertreten.

Parteinachrichten.

Einjähriges Bestehen der sozialdemokratischen „Rheinischen Warte" in Koblenz.

Die „Rheinische Warte" sieht am 1. Februar auf ihr einjähriges Bestehen zurück. Aus der „Rheinischen Zeitung" in Köln hervorgegangen und drei Monate als Kopfblatt des Kölner Parteiblattes gedruckt, kann sie mit Stolz auf einen erfreulichen Anstieg der Abonnentenzahl und auf einen mustergültigen Ausbau ihres Nachrichtendienstes zurückblicken. Sie hat sich als wirkungsvolles Kampforgan der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung erwiesen und leistet unsrer Partei in dem bekannten schwarzen Winkel an der Rhein- und Moselecke vortreffliche Dienste. Eine im November v. J. veranstaltete „Rote Werbewoche" brachte ihr fast 1000 neue Leser, der Partei 400 neue Mitglieder und eine Reihe neuer Ortsvereine. Seitdem hält die Aufwärtsbewegung der Leserzahl noch immer gleichmäßig an.

Wir wünschen unserm jungen Koblenzer Parteiblatt auch weiterhin besten Erfolg und begrüßen es als tatkräftigen Mitstreiter an unserm politischen und wirtschaftlichen Kampf für die Interessen des arbeitenden Volkes.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Keine Sympathie für Moskau.

Madrid, 26. Januar. Zwei von Moskau zurückgekehrte spanische sozialistische Delegierte berichteteten in einer Versammlung des Parteikomitees über ihre Reise. In der darauf erfolgten Abstimmung erklärte sich die Versammlung mit großer Mehrheit gegen den Anschluß an die III. Internationale. Die endgültige Entscheidung wird auf dem außerordentlichen Parteitag im April gefällt werden.

Die Politik Japans in Sibirien.

Paris, 27. Jan. Wie Havas aus Tokio meldet, hat Vicomte Kato im Oberhaus die Politik der Regierung in Sibirien getadelt. Die japanischen Truppen hätten zu gleicher Zeit mit den amerikanischen Truppen zurückgezogen werden müssen. Der Ministerpräsident erklärte, sobald eine annehmbare russische Regierung gebildet worden sei, die die Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen gewährleisten könne, würden die Truppen sofort zurückgezogen werden.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Der von der Dölauer Straße östlich der Knochenmühle abzweigende Weg wird „**Kirschbergweg**" und die sogenannte Birkenallee zwischen Tal- und Dölauer Straße „**Kreuzvorwerk**" benannt.

Halle, den 25. Januar 1921.

Die Polizei-Verwaltung.

Lebensmittel-Kalender.

Städt. Verkauf von Gerstenmehl in der Talamtschule am Sonnabend, den 29. Januar. Gegen Vorlage der Lebensmittelscheine werden an die Inhaber der Nummern 76 501 bis 84 500 nur vormittags von 8 bis 1 Uhr für Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute von 70 Jahren an ein Paket Gerstenmehl zu 1,10 Mk. und für Kinder bis zu sechs Jahren ½ Pfd. Weizengrieß und zwei Pakete Milchsüßspeise für zusammen 2,05 Mk. abgegeben. Markenfrei werden die bereits bekanntgegebenen Artikel abgegeben.

Städt. Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend, den 29. Januar, gegen Vorlage der Lebensmittelscheine an die Inhaber der Nummern 72 501 bis 76 500 nur vormittags von 8 bis 1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1,00 Mk. abgegeben.

Freibank-Verkauf. Zum Freibankverkauf am 29. Januar 1921 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr 851—950, um 9 Uhr 951—1000.

Modernes Theater
Die führende Kleinkunst-Bühne in Halle
Neue Promenade 8.
Das große Januar-Programm
10 Attraktionen. Anfang 7½ Uhr.

Saalschlossbrauerei
Sonnabend, den 29. Januar
Grosses Narrenkränzchen
des A. E. V.
Freunde und Gönner sind willkommen.
Kassenöffnung 6 Uhr. Der Vorstand.

B. B.B.
Beth's Bunte Bühne
Erstes Kabarett am Platze.
Heute Abend 7 Uhr:
Grosser Ehren-Abend
für
EMMO RASCHDORF
Nur frühes Kommen sichert Platz.
Erstklassige Künstler als Gast.

Kautabak-Zentrale
Königstrasse 5
empfiehlt
Kautabak in Orig.-Packung
zu Fabrikpreisen.
Empfehle meinen vorzüglichen
Kautabak prima Beize . . Rolle **1.60**

Strickwolle
in bekannt guten Qualitäten.
Gebr. A. & H. Loesch,
Gr. Ulrichstr. 36. Steinweg 30.

Sozialdemokratisches
Handbuch
für die preussischen Landtagswahlen
zum Preise von Mark 8.— empfiehlt
Buchhandlung der Volkstimme
Grosse Ulrichstrasse 27.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu mäßig. Preisen
Gottfr. Schraut,
Uhrmacher
nur Schmeerstr. 4.

Anfert. von Damen- u. Kinder-Garderobe
Verk. v. fertigen Blusen.
Talamtstrasse 9, I.

Elegante
Damentaschen
aus prima Leder
in großer Auswahl
äußerst preiswert.
H. Krasemann.
Lederw.-Spezialgesch.
nur Schmeerstr. 19.

Arbeiter!
wo kauft man gut und billig??
Hemden 26, 36, 39, 48 M
Strümpfe 9.75, 10.75 M
Unterhosen 21.75, 29.—
Einsatzhemden 39.75, 48.75, 54 M
Handschuhe, gestrickt, u. in all. Farb. 6.75 M
Taschentüch. 245, 2.95 M
Bettwäsche eigenes Fabrikat weiß und bunt – sehr preiswert
Handtücher v. 6.75 an
Gardinen
130 cm breit
25.— Mk.
Unterröcke unt. Preis
Strickwolle
½ = 17.45 Mk.
Prima Qualität.
Ein Posten Schürzen von 19.75 an.
Ein Posten Schlafdecken 39.75.
Kommen Sie und überzeugen Sie sich von unserer Leistungsfähigkeit
Viele Artikel zu Ausverkaufspreisen.
Partiewarenhaus
Gr. Ulrichstr. 25, Ecke Jägergasse.

Am besten und billigsten kaufen Sie
Konfirmations-Anzüge aus haltbarem Stoff von **185⁰⁰** an
Konfirmations-Anzüge blau Cheviot, ein- u. zweireihig von **265⁰⁰** an
Konfirmations-Anzüge pa. Qual., ein- u. zweireih., in gut. woll. Cheviot, Ersatz f. Maß, von **395⁰⁰** an
Jackett-Anzüge fertig und nach Maß, neueste Muster, haltbare Qualitäten von . . . . . **550⁰⁰** an
Jackett-Anzüge i. Sportform, m. Gürtel, Umschlaghose, fertig und nach Maß von . . . . . **650⁰⁰** an
Maß-Anzüge prima Qualität, gute wollene Stoffe, blau, grün und schwarz 950.— **850⁰⁰**
Für tadellosen Sitz, erstklassige Verarbeitung von guten Stoffen übernehme voll Garantie. Neueingetroffen:
Berufskleidung zu staunend billigen Preisen
Geschäftsprinzip: Grosser Umsatz — Kleiner Nutzen!
Moritz Rosenthal
Leipzigerstrasse 1, im alten Rathaus
Besichtigen Sie meine Schaufenster, und vergleichen Sie Qualitäten, Verarbeitung und Preise!

Billiger Verkauf von Resten und Abschnitten.
Die sich während des Saison-Ausverkaufs im grossen Masse angesammelten
Reste u. Abschnitte
sind auf Tischen geordnet und mit besonders billigen Preisen versehen zum Verkauf gestellt.
Otto Dobkowitz,
Merseburg.

Holzpantoffeln
starkes Lederblatt
(Friedensware)
liefert billigst
Otto Fricke, nur Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 29. Jan., Anfg. 7½ Ed. n. 10 Uhr:
Als ich noch im Flügelkleide
Sonntag nachm.: Das Dreimäderlhaus.
Sonntag abend: **Die Gezeichneten.**

Apollo-Theater Tägl. 7½!
Die „**Närrische Liebe**"
Optte. v. L. Jessel (Komponist von Schwarzwaldmädel).
In den Hauptrollen:
Fanny Köbe
Theo Lucas

Konfirmanden-Anzüge
gute blaue Stoffe in großer Auswahl
290.- 360.- 390.-
450.- 530.- 590.-
Otto Knoll Nachfl.
Leipzigerstrasse 36.

Billigste Quelle
Herr.-Paletot v. 70 M. an
Dam.-Mäntel v. 40 M. an
Herr.-West. Stck. 25 M.
Wäsche, Schuhe usw.
zu billigsten Preisen.
P. Hammer,
Rathausstr. 17, Hof.

Zu verkaufen
Makulatur
zu verkaufen.
Verlag
Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27

Kl. echter Hund und 2 Preismasken billig z. verkaufen Huttenstr. 54, III

Vermischtes

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
stark radiumhalt. Schmiedebg Moor- u. medizinischen Bäder

Nesteier
45 Pfg.
Sobel.
Steinweg 45.
Gr. Ulrichstr. 9. Reilstr. 1
Ammendorf Bahnhofstr. 3
Cöthen:
Schalaunischestrasse 8.

Preisabbau!
teils mit unter Einkauf
Herren-Ausstattungen
Handschuhe,
Strumpf-Wollwaren,
Lederwaren,
Spielwaren
Dauerwäsche
G. Liebermann,
Geiststrasse 42.

Frauen
denen b. Störung d. Periode (Blutstockung usw.) andere Mittel nicht helfen, brauchen noch nicht zu verzagen, bestellen Sie sof. Präparate. Marke
Sorgenfrei
Preisliste mit vielen Dankschreiben gegen Mk. 1. Voreinsendung. Generaldepot: H. Schäfer, München, Arnulfstr. 42.

Billigste Bezugsquelle von Matratzen
3 teil., m. Jute-, Leinen-, Drellbezügen, pr. Alpengrasfüllung v. 150 M an, Patentmatratzen. Betteinsätze von 140 an.
Chaiselongue
mit pr. Bezügen u. Verarbeitung v. 350 M an.
Plüsch-Sofas
pr. Friedensware in verschiedenen Farben
Klub-Sofas u. -Sessel
mit pr. Gobelinbezüge
Anfert. mod. Dekorationen
E. Maß, Charlottenstraße 9, pt.

Betreffs Heilung ohne Gifte bei
Syphilis
lese man „Ein vergessen. Heilmittel".
Von einen Geheilten.
Unzähl. Danksagungen.
Zu bezieh. für Mk. 4.— verschl. portofrei.
Sanitas-Verlag Abt. 26, Charlottenburg 3.

Herren-Hüte
in großer Auswahl
von **43⁰⁰ Mk.** an
Breitestraße 6.

Solange Vorrat reicht:
Margarine
Pfund . Mk. **10⁵⁰**
Corned beef Pfund . . Mk. **12⁰⁰**
Pa. Landwurst Pfund . . Mk. **20⁰⁰**
W. Blos,
Leipziger Straße 5.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210128-15/fragment/page=0004

Reichstags-Abgeordneter Gen. **Willy Steinkopf spricht** heute abend in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße

Partei-Angelegenheiten.

Frauenausschuß der S. P. D. Heute abend 7½ Uhr im Parteibüro Gewerkschaftshaus, Zimmer 38, außerordentliche Sitzung des neugewählten Frauenausschusses. Stellungnahme zu den kommenden Wahlen. Erscheinen aller Ausschußmitglieder ist dringend erforderlich.
J. A.: Frau J. Undeutsch.

Die Distriktsführer werden darauf hingewiesen, daß am Donnerstag, den 3. Februar 21, die regelmäßigen Distriktsversammlungen stattfinden. Die Distriktslokale sind für diesen Tag festzumachen. Als Tagesordnung ist zur Wahlagitation Stellung zu nehmen. **Der Vorstand.**

Arbeiterjugend. Freitag abend 7 Uhr Zusammenkunft im Mozartheim. Die Mitglieder werden gebeten, möglichst vollzählig zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Aus dem Stadtkreis.

Halle 28. Januar 1921.

Mangelhafte Wählerlisten!

Nicht umsonst wird in verschiedenen Provinz- und Lokalmeldungen auf die Notwendigkeit hingewiesen die einzelnen Wählerlisten nachzusehen. Alle Agitation, aller gute Wille hilft nichts, wenn die Parteigenossen wegen unvollständiger Wählerlisten am Tage der Entscheidung zurückkehren müssen, ohne ihre Stimme für unsere Sache in die Wagschale geworfen zu haben. In Bresslau ist es vorgekommen, daß 178 Personen gegen die Richtigkeit der Listen Einspruch erhoben und ihre nachträgliche Aufnahme beantragten. Wären diese Leute nicht darauf aufmerksam geworden, so wären sie der Teilnahme an der Wahl verlustig gegangen. Also Parteigenossen, überzeugt Euch von der Richtigkeit der Wählerlisten, damit Ihr am 20. Februar den Sieg unserer Ideen gewährleisten könnt!

In Halle liegen die Wählerlisten bis Sonntag, den 30. Jan., von vormittags 8 bis nachmittags 4 Uhr, im Zeitbriefungsraum des städt. Leihamtes, An der Marktkirche 4 (Eingang Hallmarktseite) aus.

Sitzung des Haushaltsausschusses.

Anlage eines Stadions. — Ankauf von Bauers Restaurant. — Instandsetzung der Siebenbogenbrücke.

Nach langen Verhandlungen zwischen Magistrat und den beteiligten Sportvereinen ist nunmehr ein großzügiges Spielplatzprojekt zustande getommen. Es handelt sich im ganzen um neun große, in den verschiedensten Stadtteilen anzulegende Sport- und Spielplätze. Zur Vorlage kam gestern die Anlage eines Stadions am Lutherplatz in Größe von 25 Morgen, dessen einen Kostenaufwand von 1 183 000 M. erfordert. Für den Sport ist seitens der Allgemeinheit in Halle bisher so gut wie nichts geschehen. Auch für die immer mehr zunehmenden Erwerbslosen muß Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Von den Kosten von 1 183 000 M. werden allein 883 000 M. für Arbeitssöhne ausgegeben, da hierbei große Erdmassen zu bewegen sind. Schade ist es, daß es sich um sehr guten Boden handelt; jedoch müssen diese Bedenken gegenüber dem hohen Ziele zurückgestellt werden. Spielplätze lassen sich eben nicht überall anlegen und dürfen auch nicht zu weit außerhalb der Stadt liegen. Es besteht Aussicht, daß das Reich den überwiegenden Teil der Kosten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge erstattet. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen. —

Der Ankauf des Bauerschen Restaurationsgrundstückes in der Rathausstraße zum Preise von 850 000 M. wurde beschlossen. —

Eine Eingabe der Sozialistischen Elternbeiräte, die freie ärztliche Behandlung kranker Schulkinder fordert, soll dem Magistrat als Material überwiesen werden. —

4000 M. wurden angefordert zur Anschaffung von Cyklonflüssigkeit für Desinfektion verseuchter Wohnungen, auch sie wurde bewilligt. — In der Pestalozzischule macht sich die Bereitstellung eines Untersuchungszimmers für psychologische Untersuchungen notwendig. Die laufenden Kosten von 500 M. und die einmaligen von 6000 M. werden bewilligt. — Die für elektrische Beleuchtung im älteren Teile des Hospitales bewilligten 7700 M. sind um 5448 M. überschritten worden. Die Nachbewilligung aus dem Landerwerbsfonds der Stiftung wurde ausgesprochen. — Zur Anschaffung von Speisetransportgefäßen fürs Hospital wurden weiter 1950 M. bewilligt. — 5500 M. werden für Arbeitskleidung für die Insassen des Alters- und Pflegeheims bereitgestellt. — Zur Beschaffung von Wirtschaftsinventar für Zoo und Tiergarten waren seinerzeit 200 000 M. bewilligt. Der Ueberschreitung dieser Summe von 30 000 M. wurde zugestimmt. — Die Kreuzungsweichen auf dem Schlachthof haben neuen Unterbau und neue Schwellen erhalten, wofür seinerzeit 9000 Mark bereitgestellt waren. Auch hier ist eine Ueberschreitung von 15 600 M. zu bewilligen, was geschah. — Die Zinsenerträgnisse aus dem Schmidtschen Legatenfonds in Höhe von 1125 M. sollen zur Hälfte erhalten die Kinderbewahranstalten der Paulusgemeinde und in Giebichenstein. — Für Herrichten eines Spielplatzes und seine Bepflanzung an der Schlosserstraße werden aus dem gemeinen Dispositionsfonds 31 500 M. bewilligt. —

Für die Instandsetzung des Geländers der Siebenbogenbrücke werden 70 000 M. bewilligt, die aus schon bereit gestellten Mitteln gedeckt werden. Die seinerzeit beschlossene Verbreiterung kann wegen der hohen Kosten von 4—4½ Millionen Mark nicht mehr in Frage kommen. — An Arbeitern am Heideweg sind noch auszuführen die Chaussierung und der Bau der Straßeneinläufe, was zusammen 300 000 M. kostet. Von den seinerzeit bereitgestellten Mitteln sind noch 204 000 M. verfügbar. Der Rest von 96 000 M. soll aus Anleihemitteln genommen werden. — Bürgersteigregulierung am Böllberger Weg und Eckteinstraße kostet 57 000 M. Sie sollen als Mittel der Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt werden. — Die Anschaffung von Wäsche und Kleidungsstücken sowie Betten für die Bethge-Lehmann-Stiftung erfordert Mittel von 45 500 M. 30 600 M. sollen davon aus Stiftungsmitteln, der Rest aus Kap. XXIV 14 bereitgestellt werden. Dem wurde zugestimmt.

Ein Disziplinarverfahren gegen das Mitglied des Kreisausschusses Herrn Driebusch.

Wie der „Klassenkampf" meldet, ist gegen den Kreisdeputierten und Mitglied des Kreisausschusses P. Driebusch in Reideburg auf Verfügung des Oberpräsidenten Gen. Hörsing das Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Entfernung aus den genannten Aemtern eingeleitet worden.

Wie wir vernehmen, ist die Pflichtverletzung darin gefunden worden, daß Driebusch seit vier Monaten absichtlich den Kreisausschußsitzungen fern bleibt, und auch seine Parteifreunde bewogen hat, das gleiche zu tun. Solange noch Amtsvorsteher Häßn in Ammendorf Mitglied des Kreisausschusses war, wurde das Ziel, eine Beschlußunfähigkeit der Sitzungen herbeizuführen, nicht erreicht. Nachdem aber Herr Häßn seinen Wohnsitz im Saalkreis aufgegeben hat, ist eine beschlußfähige Sitzung nur möglich, bei Teilnahme der Mitglieder aus den Reihen der Parteifreunde des Herrn Driebusch. Gerade jetzt aber hat der Widerstand des Herrn Driebusch gegen eine Beteiligung an den Sitzungen des Kreisausschusses verstärkt eingesetzt. Hat er doch sogar gegen Mitglieder desselben und zwar gegen die Herren Sachse und Habertorn die schärfsten Vorwürfe erhoben haben, weil sie sich gegen seinen Willen an der Sitzung beteiligten. Das Disziplinarverfahren soll nunmehr entscheiden, ob ein derartiges Treiben mit den Pflichten eines Kreisdeputierten sowie Mitgliedes des Kreisausschusses zu vereinbaren ist.

Der „Klassenkampf" kann sich nicht enthalten, über diese Verfügung gewaltig Krakeel zu schlagen und richtet hämische Angriffe auf unsere im Verwaltungsdienst beschäftigten Genossen. Den Schreiern soll der Mund gestopft werden. Wie uns der Gen. Landrat Thiele mitteilt, will er nunmehr das gesamte Material veröffentlichen. Unsere Leser werden morgen mehr über den würdigen Herrn Driebusch erfahren.

Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauches.

Der Minister für Wohlfahrtspflege hat unter dem 8. Nov. 1920 zur Bekämpfung der Alkoholgefahr aufgerufen, deren Zunahme sich bereits wieder bemerkbar macht und die bei dem noch geschwächten Gesundheitszustand und der noch unzureichenden Ernährung der Bevölkerung besonders ernst ist.

Die zu ergreifenden Maßnahmen werden in planvoller Zusammenarbeit mit den alkoholgegnerischen Vereinigungen zu ergreifen sein, deren bisherige ersprießliche Wirksamkeit dankbar anerkannt wird, und die mit ihren bestehenden Einrichtungen zu fördern und nötigenfalls geldlich zu unterstützen sind.

Als Mittel steht ein Teil der nach § 258 Ziffer 1 des Branntweinmonopolgesetzes vom 26. Juni 1918 bereitgestellten 4 Mill. Mark jährlich zur Verfügung. Aus diesem Anteil ist ein Betrag an die großen Reichsorganisationen der alkoholgegnerischen Vereinigungen bereits unmittelbar verteilt worden. Vom dem Rest ist ein Teil den Provinzen überwiesen, während das Uebrige vorläufig als Ausgleichsfonds zur Verfügung des Ministeriums verbleibt.

Bei der Unterverteilung der Gelder sind hauptsächlich folgende Ziele im Auge zu behalten:

1. **Unterstützung der Trinkerfürsorgestellen und Trinkerheilstätten,** wobei die Verwendung für innere Vereinsangelegenheiten und Geschäftsbedürfnisse ausgeschlossen sein soll.
2. **Förderung alkoholfreier Gasthäuser, Volksheime, Jugendheime, Wanderherbergen und ähnlicher der Alkoholgefahr vorbeugender Einrichtungen.**
3. **Alkoholwissenschaftliche Lehrkurse für Lehrpersonen, Jugendpfleger, Jugendpflegerinnen, Wohlfahrtsbeamte und Wohlfahrtsbeamtinnen.** Die Vorbereitung solcher Lehrgänge, deren Dauer auf etwa eine Woche zu bemessen ist, wird eine dankenswerte Aufgabe der Kreis- und städtischen Wohlfahrtsämter sein, die sich dabei der Hilfe alkoholgegnerischer Vereine und sonstiger gemeinnütziger Organisationen zu bedienen haben werden. Auch das Provinzialwohlfahrtsamt Sachsen beabsichtigt solche Kurse einzurichten.
4. **Förderung von Ausstellungen über die Alkoholgefahren.**
5. **Sonstige Aufklärungsarbeiten und Propaganda.**

Die Verteilung von Merkblättern (über die Gefahren des Alkoholmißbrauchs) bei den Impfterminen hat sich bewährt. Diese Merkblätter können bei dem Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke in Berlin-Dahlem bezogen werden.

Anträge auf Bewilligung von Geldmitteln sind durch die Hand der Regierungspräsidenten an den Oberpräsidenten zu richten.

Die „Rote Fahne" über die Zerstörer des Gemeindearbeiterverbandes.

Wir brachten gestern einen ausführlichen Bericht über die Zersplitterungsarbeit der Kommunisten im Gemeindearbeiterverband. „Vorwärts" und „Freiheit" veröffentlichten davon einen Auszug. Dazu läßt sich nun die „Rote Fahne", das Zentralorgan der VKPD., wie folgt vernehmen:

„Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter veröffentlicht im „Vorwärts" und in der „Freiheit" eine längere Darstellung über die Vorgänge in der Hallenschen Mitgliedschaft dieses Verbandes. Es wird behauptet, daß die Haller Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter von Vertretern des „kommunistischen" Hand- und Kopfarbeiterverbandes unter Anwendung unlauterer Mittel gespreng worden sei. Wir werden uns Klarheit verschaffen über das, was in Halle vor sich gegangen ist und dann auf die Sache ausführlich zurückkommen. Wir müssen jedoch jetzt schon bemerken, daß die Kommunistische Partei mit dem Verband der Hand- und Kopfarbeiter nicht identisch ist. In der Oeffentlichkeit ist genügend bekannt, daß die Kommunistische Partei jeder Zersplitterungsarbeit in den Gewerkschaften mit aller Energie entgegentritt. Von den Vertretern des H. u. K. A. B. werden wir, sowie sie sich zu unserer Partei zählen, Aufklärung erhalten, welche Gründe sie veranlaßt haben, eine der Kommunistischen Reichs-Gewerkschafts-Zentrale gegebene Zusage — außerhalb Berlins keine Neugründungen für den V. d. H. u. K. A. zu treiben — zu mißachten. Sollte sich der vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter angegebene Sachverhalt als richtig erweisen, hätten sich die Betreffenden in so grober Weise gegen die Beschlüsse der Gesamtpartei vergangen, daß sie ihren Ausschluß aus der VKPD. zu gewärtigen hätten."

Wir schrieben gestern, daß die Arbeiter in diesem Verbande einem furchtbaren Betruge zum Opfer gefallen sind. Nun sind wir gespannt, ob die VKPD. ihrer Drohung gegen die Zersplitterer die Tat folgen lassen wird. Austunft über das Treiben dieser Gesellen wird bereitwilligst erteilt.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, 31. Jan., 1921, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung. 1. Grundstücksverkehr. 1a. Wahl eines Stadtschultates. 2. Neuwahl der Deputation für das Arbeitsamt. 3. Wahl von Mitgliedern der Wohnungsdeputation. 4. Neuwahl von Vorstandsmitgliedern für die Hohenzigter-Stiftung. 5. Wahl eines Mitgliedes für den Hauptausschuß des Jugendamtes. 5a. Einrichtung eines Spielplatzes. 6. Einrichtung von Kleinwohnungen in Reilstraße 35. 7. Ausbau des Heideweges. 8. Zurücknahme des Exerzierplatzes bei Beesen. 9. Bürgersteigregulierung am Völlberger Weg. 10. Herrichtung des Spielplatzes an der Schlosserstraße. 11. Instandsetzung der Siebenbogenbrücke. 12. Ausbau des Arbeitsamts. 13. Nachbewilligung für Dachinstandsetzungen der Oberrealschule. 14. Nachbewilligung für photographische Aufnahmen unterernährter Kinder. 15. Beschaffung von Cyklon-Flüssigkeit. 16. Beschaffung von Bekleidung für Insassen des Alters- und Pflegeheims. 17. Beschaffung von Speisetransportgefäßen. 18. Einrichtung eines Untersuchungszimmers in der Pestalozzischule. 19. Verteilung der Zinsen des Schmidtschen Legatenfonds. 20. Nachbewilligung für die Feuerwehr. 21. Nachbewilligung für die Polizeiverwaltung. 22. Nachbewilligung für den Schlacht- und Viehhof. 23. Nachbewilligung für den Schlacht- und Viehhof. 24. Nachbewilligung für das Hospital. 25. Nachbewilligung für den Zoologischen Garten und Bad Wittekind. 26. Nachbewilligung für die Bethge-Lehmann-Stiftung. 27. Gesuch um Erweiterung des Schularztwesens. 28. Gesuch um Ausbau des Lyzeums II. 29. Antrag auf Schaffung einer weiblichen Schule. 30. Antrag auf Bereitstellung weiterer Räume für die Handels- und Gewerbeschule für Mädchen. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Keil.

Kommunistischer Terror. Uns wird dazu nachstehender Fall berichtet: Kurz nach der Spaltung der U. S. P. hatte sich ein Zwangsmitglied der U. S. P. in einem Nachbarorte Halles freiwillig der S. P. D. zugewendet. Kürzlich erschien nun der Kassierer der V. K. P. D. bei unserem Mitglied und forderte denselben auf, unverzüglich Mitglied der V. K. P. D. zu werden und den „Klassenkampf" zu lesen. Wenn er sich nicht füge, würde er sehen, was passiere usw. Um allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, erklärte sich der Betreffende dazu bereit. Einem Fleischermeister in demselben Orte erging es ähnlich. Man bedrohte ihn mit Boykott, so daß auch ihm schließlich nichts anderes übrig blieb, als Zwangsmitglied der V. K. P. D. zu werden. In beiden Fällen haben nun die Herren Kommunisten zahlende Mitglieder gewonnen, doch Verächter und Kämpfer der kommunistischen Ideen werden es niemals werden.

Be. den abstimmungsberechtigten Oberschlesiern herrscht noch vielfach Unkenntnis darüber, daß die Frist für die Eintragung in die Stimmlisten am 2. Februar abends 6 Uhr endet. Die nach dieser Zeit eingehenden Anträge können nicht berücksichtigt werden und gehen die Säumigen ihres Abstimmungsrechtes verlustig. Das muß aber bei der Bedeutung, die jede Stimme hat, unter allen Umständen vermieden werden. Weiter scheint sich namhafter Kreise infolge Veröffentlichung der oberschlesischen Terrornote große Besorgnis vor der Reise zur Abstimmung bemächtigt zu haben. Diesen Besorgnissen muß nachdrücklichst entgegengetreten werden, da die erweckten Befürchtungen unbegründet sind und nur eine Einschüchterung bezwecken. Jedenfalls müssen sich alle Abstimmungsberechtigten in die Stimmlisten eintragen lassen, von der Reise zurückreisen kann dann jeder noch. Wer aber nicht rechtzeitig eingetragen und im Besitz der Stimmkarte ist, kann überhaupt nicht abstimmen. Es ist daher Pflicht eines jeden Oberschlesiers, trotz dieser Umtriebe, seiner Wahlpflicht nachzukommen und vor allen Dingen sich noch rechtzeitig in die Stimmlisten eintragen zu lassen, um in den Besitz der Stimmkarte zu gelangen, da er ohne diese überhaupt nicht abstimmen kann.

Gründung einer Ortsgruppe der Kantgesellschaft in Halle

Um den auf allen Lebensgebieten mächtig sich regenden philosophischen Bestrebungen einen Sammelpunkt zu geben, ist nach dem Vorgang von Berlin, Leipzig, Hamburg, München, Dresden u. a. Orten von verschiedener Seite die Gründung einer Ortsgruppe der Kantgesellschaft für Halle angeregt worden; zum Zwecke gemeinsamer vertiefter Arbeit aller philosophischen Richtungen. Es sind eine Reihe von Vorträgen aus Natur- und Geschichtsphilosophie, Aesthetik, Erkenntnistheorie und Pädagogik geplant, wofür außer hiesigen Dozenten und Studienräten verschiedene namhafte auswärtige Gelehrte — u. a. Johannes Volkelt und Prof. Litt-Leipzig — ihre Mitwirkung zugesagt haben. Außerdem sollen bei Bedarf 14tägig leichtere Uebungen abgehalten werden. Zur Eröffnung werden am Freitag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, sprechen Prof. P. Menzer: „Die Persönlichkeit Immanuel Kants" und Privatdozent Dr. Ottomar Wichmann: „Das philosophische Bedürfnis der Gegenwart". Diese Eröffnungsvorträge werden im Universitätshauptgebäude, Aud. IX, stattfinden und sind unentgeltlich zugänglich.

4. Museumsvortrag. Am Sonnabend 8 Uhr, spricht Dr. Burkhard Meier im großen Turm der Moritzburg über: „Das Ende des Expressionismus" unter Vorführung von Beispielen neuester Kunst in Lichtbildern und Originalen; mit letzteren werden vertreten sein Max Burchartz, H. M. Davringhausen, Otto Dix, Erich Heckel. — Durch Vermehrung der Heizkörper im Vortragssaal ist eine ausreichende Erwärmung sofort gewährleistet.

Stadttheater. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß die heute Freitag stattfindende Aufführung von Richard Wagners „Siegfried" 6½ Uhr beginnt Sonnabend wird das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide" gegeben. Sonntag nachmittag „Das Dreimäderlhaus", Sonntag abend „Die Gezeichneten", Montag „Tannhäuser".

Thalia-Theater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, wird im Thalia-Theater als volkstümliche Vorstellung bei kleinen Preisen von 1,90—4 Mark Gerhart Hauptmanns Komödie „Der Biberpelz" gegeben.

Gastspiel des russischen Balletts Insia Zarfuß im Thalia-Theater. Am Sonntag, Montag und Dienstag, abends 7½ Uhr, gastiert das russische Ballett Insia Zarfuß im Thalia-Theater. Karten zum Preise von 4,50—14 Mk. werden an der Kasse des Stadttheaters ohne Vorverkaufsgebühr ausgegeben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210128-15/fragment/page=0005

Provinz und Umgegend.

An die Berichterstatter der Provinz!

„In der Kürze liegt die Würze!" sagt ein trivialer Volksausdruck, der aber nur allzu berechtigt ist. Der Redakteur ist das ärmste Menschenkind in Gottes weiter Welt. Er soll es allen recht machen, am ersten den Provinzberichterstattern, die ihm manchmal über schrecklich kleinlichen Kram seitenlange Artikel senden, welche oft so lokal zugespitzte, nur wenigen Personen bekannte Mitteilungen enthalten, daß sich der Redakteur stundenlang im Schweiße seines Angesichts abmüht, den Ausgang aus den Irrwegen dieses Labyrinths zu finden. Tut er das nicht, legt er den Artikel beiseite und nimmt ihn nicht auf — — so ist er bestochen, von der Gegenseite befangen, einseitig und wie das ganze Register von Anschuldigungen noch heißen mag. Nimmt er einen Artikel auf, der wegen seines nicht ganz verbürgten Inhaltes dem konsequenten Schriftleiter Schwierigkeiten bereitet, so meint der betr. Berichterstatter: Er hätte ihn ja nicht zu veröffentlichen brauchen! Soviel Augenmaß muß er besitzen! Also auf der einen Seite gekränkte Leberwurst, auf der anderen die in Unschuld gewaschene Hand. Was bleibt also dem Redakteur als einziger Ausweg: Er kürzt die eingesandten Artikel so, daß das Wesentliche erhalten bleibt und die ganze Mitteilung in einheitlichem Stile gehalten ist. Aber auch das wird ihm übelgenommen. Er streicht zuviel der für die betr. Gemeinde interessanten Mitteilungen, er hat nur Interesse für hochpolitische Reden, Reichstagsprobleme, kümmert sich einen Pfifferling um die Tagessorgen der Arbeiter usw. So ungefähr sieht die tägliche Bescherung der Redaktion aus. Ein Sturmgewitter der Entrüstung entlädt sich über dem Haupte der Redakteure und keiner der Provinzberichterstatter kommt auf den Gedanken, die Schuld bei sich selbst zu suchen.

Deshalb Genossen in der Provinz! Lernt in den Versammlungen aus der dicken Schale nebensächlicher Redensarten den Kern des Positiven herauszuschälen! Formt die wesentlichen Ereignisse zu einem kurzen Bericht; der sehr oft in prägnanten Worten mehr ausdrückt, als eine ellenlange Aufsatzserie. Denn: In der Kürze liegt die Würze! Hans Här.

Zur Referentenvermittelung.

Die Rednervermittlung kann während der Wahlkampagne nur durch die Unterbezirke erfolgen, sonst ist eine geregelte Vermittlung unmöglich.

An diese Regel müssen sich auch die großen Ortsvereine halten.

Die Bestellung von Rednern muß so zeitig, als nur irgend möglich, erfolgen.

Alle Versammlungen müssen dem Unterbezirksvorstand mitgeteilt werden, damit man darüber unterrichtet ist. Diese Mitteilungen müssen frühzeitig erfolgen, damit vom Unterbezirksvorstand etwaige gemeinsame Inserate für die Presse aufgegeben werden können.

Wir erwarten, daß alle Ortsvereine unserem dringenden Ersuchen Verständnis entgegenbringen.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: R. Drescher.

Warum sind die Wahlen am 20. Februar zu den Provinzial- und Kreistagen so wichtig?

Provinzial- und Kreisbehörden haben die Gesetze auszuführen, welche Reichstag und Landesversammlung erlassen. Die schönsten Gesetze stehen nur auf dem Papiere, wenn sie anders ausgeführt werden. Deshalb hatten früher die Konservativen und Agrarier die Kreis- und Provinzialverwaltungen zu Hochburgen der Reaktion gemacht und rechnen damit, dasselbe Ziel jetzt zu erreichen, weil das Volk die Wichtigkeit der Instanzen nicht kennt und sich gegenüber den Wahlen gleichgültig benimmt. **Gelingt es nicht, Kreis- und Provinzialverwaltung gründlich zu demokratisieren, dann wird von diesen Stellen aus das deutsche Volk um den Erfolg betrogen werden.**

Kreise und Provinzen haben das Recht Steuern auszuschreiben und früher dies Recht dazu benutzt, die Agrarier zu schonen und die Angestellten und Arbeiter — die dafür nichts zu sagen hatten — zu belasten. Aus den Steuern ließen sich die Agrarier die Chausseen bauen und unterhalten, aus den Steuern bewilligten sie sich versteckte Liebesgaben aller Art und ließen die anderen zahlen.

Die Kreistage wählen die Vertrauensmänner, welche die Schöffen und Geschworenen auszusieben haben. Ein reaktionärer Kreistag wählt reaktionäre Vertrauensmänner und diese sieben nur reaktionäre Schöffen und Geschworene aus.

Die Kreistage wählen die Mitglieder der verschiedenen Staatssteuer-Kommissionen. Da man früher in den Kreistagen „unter sich" war, war man auch in den Steuerkommissionen „unter sich". Und wer bezahlte bisher die geringsten oder gar keine Steuern? Das waren die Agrarier, und besonnders die Großagrarier verstanden die Kunst aus dem ff.

Wer hatte während des Krieges die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erfassen? Das waren die Kreisverwaltungen, die ihre Sippschaften schonten, die arbeitende Bevölkerung lieber hungern ließen, den Schleichhandel für die Reichen dadurch begünstigten und auf diese Weise den Krieg verlieren halfen.

Wer dazu beitragen will, die reaktionäre Cliquenwirtschaft zu beseitigen und der Demokratie zum Endsiege zu verhelfen, der muß am 20. Februar sein Wahlrecht ausüben und seine Stimme der Sozialdemokratie geben.

Zörbig. Stadtverordnetensitzung. In der letzten Stadtverordnetensitzung kamen 11 Punkte zur Verhandlung. Punkt 1 lautete: „Neuwahl des Vorstehers sowie seines Stellvertreters". In drei Wahlgängen konnte keine Majorität festgestellt werden, so daß das Los entscheiden mußte. Die Wahl fiel auf Lehrer Ulrich (Bürgl. Vereinigung). Zum Stellvertreter wurde dann mit 11 von 12 abgegebenen Stimmen Buchführer Berndt (Kom.) gewählt. Die Wahl des Schriftführers ergab mit 11 Stimmen die Wiederwahl des bisherigen Schriftführers Installateur Polratz (Kom.) Zum Stellvertreter wurde Kanzleisekretär Bönold (Bürgl. Vereinigung) gewählt. Die Mitglieder der einzelnen Deputation wurden auf Vorschlag aus der Versammlung heraus einstimmig wiedergewählt. Sodann lag ein Antrag des Magistrats vor, für die Stadt Notgeld, und zwar für 50 000 Mark 50-Pfg.-Scheine und für die gleiche Summe 25-Pfg.-Scheine anfertigen zu lassen. Es entspann sich hierauf eine längere Debatte, die zu dem Ergebnis führte, die Vorlage an den Magistrat zurückzuverweisen, mit dem Bemerken, erst festzustellen, ob wirklich ein Bedürfnis vorliegt und wenn dies der Fall sein sollte, gleichzeitig 5- und 10-Pfg.-Scheine anfertigen zu lassen, denn die Stadt wird gerade von auswärtigem Notgeld, vorwiegend 25- und 50-Pfg.-Scheinen, genügend versorgt. Als nächster Punkt kam das Verlesen der Verhandlungsschrift der letzten Steuerkommissionssitzung zur Tagesordnung. Stv. Baumgarte (Kom.) gab dazu einige Erklärungen ab, daß bei den meisten Steuern erst Erhebungen angestellt werden mußten, um feststellen zu können, ob die Erträge derselben ausreichend wären und das Defizit in der Stadtverwaltung damit gedeckt werden kann. Für einige Titel, wo Etatsüberschreitungen festgestellt werden konnten, wurde die Summe ohne Aussprache nachbewilligt. Außerdem wurde die bestehende Lustbarkeitssteuer dahin geändert, daß künftighin für Veranstaltungen von Vereinen die ersten drei Vergnügen mit je 30 Mark und jedes weitere um das Doppelte besteuert werden, auch die Belustigungen, die der Saalinhaber selbst veranstaltet, werden für die erste im Monat 30 Mk. und für jede weitere 100 Prozent mehr Steuern abgeführt werden müssen. Auch soll eine sogenannte Vereinsgründungssteuer vorgeschlagen werden, die die sogenannte Vergnügungsvereinsmeierei etwas einschränken soll. Letzter Punkt: „Neuwahl eines Mitgliedes zum Wohlfahrtsausschuß" fiel auf Frau Reuter. Schluß 10 Uhr.

Wer sein
Wahlrecht behalten
will,
muß sofort
die Wählerliste prüfen.

Die Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen in Merseburg beabsichtigt dem Vernehmen nach in Kürze die sogenannte Baunotversicherung in ihrem Geschäftsgebiete (den Städten unserer Provinz) einzuführen. Diese Versicherung soll vornehmlich dem Wohnhausbesitz gegen mäßige Versicherungsbeiträge volle Deckung bei Brandschäden in Höhe der jeweiligen Baupreise gewähren.

Hohenmölsen und Umgegend. Der Vorsitzende der Ortsgruppe des Zentralverbandes proletar. Freidenker Deutschlands schreibt uns: Wir machen die Eltern nochmals darauf aufmerksam, daß diejenigen Kinder, welche an der Jugendfeier teilnehmen sollen, sich unbedingt bis 30. Januar bei Karl Thelemann, Hohenmölsen, Neumarkt 4, melden müssen. Jeder Genosse muß aufklärend wirken, damit die Feier ein Ansporn für die noch nicht aufgeklärten Genossen wird.

Weißenfels. Wahlausweise besorgen. Der Magistrat weist nochmals darauf hin, daß alle diejenigen Wahlberechtigten, die einen Wahlausweis zur Landtags- und Provinziallandtagswahl bis jetzt noch nicht bekommen haben, unbedingt bis zum 30. d. M. die Wählerliste einsehen müssen. Die Zustellung der Wahlausweise ist beendet. Eine ganze Anzahl Wahlausweise konnte jedoch nicht zugestellt werden, weil die Betreffenden jedenfalls umgezogen sind, der Umzug aber im Einwohnermeldeamt nicht gemeldet worden ist. In ihrem eigenen Interesse muß also von diesen die Liste eingesehen werden. Wer das nicht tut, und nicht in der Wählerliste steht, kann auch nicht wählen. Die Schuld trägt dann jeder selbst und der Behörde kann ein Vorwurf nicht gemacht werden.

Frankleben. Versammlung. Am Mittwoch, dem 19. Januar d. M., fand im hiesigen „Jache"schen Lokale eine öffentliche Versammlung unserer Partei statt. Gen. Gens sprach über die Bedeutung der kommenden Wahlen des Lands-, Provinzialland- und Kreistages. Hierbei wandte er sich gegen die Politik der Kommunisten und Demokraten, und zog besonders stark gegen die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei ins Feld, die durch ihre kapitalistische Propaganda und Bestrebungen auf dem besten Wege sind, die durch die Revolution erzielten Errungenschaften des Proletariats und zugleich auch die jetzige Verfassung zu beseitigen. Die Sozialdemokratie allein ist die rechtmäßige Vertreterin des werktätigen Volkes, deshalb gebührt dieser Partei am 20. Februar die Stimme. Gen. Bauer machte noch Ausführungen über das Siedlungswesen und machte besonders darauf aufmerksam, in welcher Weise die Großgrundbesitzer bei Verhandlungsterminen die Antragsteller irreführen wollen. Die Ausführungen beider Referenten wurden von den Anwesenden mit Beifall und sichtlicher Befriedigung aufgenommen.

An den

Verlag der Volksstimme

wurden als vorläufiger Erfolg der Werbewoche weit über Tausend neue Leser gemeldet.

Damit ist das Ergebnis noch nicht erschöpfend gemeldet und noch lange nicht erschöpfend zu erlangen versucht worden. Sehr viele Orte und in anderen Orten manche Distrikte haben die Werbetätigkeit noch nicht einmal begonnen. Die bisherigen Ergebnisse zeigen jedoch schon eine

außerordentlich günstige Aufnahme der „Volksstimme".

In manchen Orten wurde die Abonnentenzahl verdoppelt, ja, sogar verdreifacht. Auch in den Städten, wie z. B. Halle, meldeten manche Distriktsführer als Teilergebnis 25, 50 bis 75 neue Leser. Die günstigen Ergebnisse zu vervollständigen, ist nunmehr Pflicht aller Ortsvereine und Genossen. Außerdem haben die neuen und alle bisherigen Leser unserer Zeitung jeder für sich ihre besondere Werbemöglichkeit in weiten Kreisen der Arbeiter- und Beamtenschaft,

auch bei den Frauen,

so daß bei Anspannung aller Kräfte

Tausende Neuanmeldungen

für den Bezug der „Volksstimme" zu erzielen sind. Dazu mahnt auch der Großwahltag am 20. Februar. Von dessen Entscheidung hängt außerordentlich viel ab. Diese Entscheidung mit dem Stimmzettel muß für unseren Bezirk günstig beeinflußt werden durch reichlichen Gebrauch des hierfolgenden Bestellzettels.

Hierzu ladet der Verlag alle Leser ein.

Bestellungen auf die „Volksstimme"

Ich abonniere ab ....

die „Volksstimme" mit der illustrierten Sonntags-Beilage **„Volk und Zeit"** zum monatlichen Bezugspreise von **Mk. 6.00** frei Haus.

Name ....

Wohnort: ....

.... Straße Nr. .... Stock ....

Roßleben. Parteiversammlung. Am Sonntag fand die Jahresversammlung der Partei statt. Gen. Nolze erstattete den Jahres- und Kassenbericht. Der Bericht zeigte ein erfreuliches Ergebnis. Die Parteibewegung wächst auch in unserem Orte. Gen. Naumann erstattete Bericht von der Unterbezirkskonferenz in Merseburg. Eine eingehende Debatte nahm der Punkt „Presse" ein. Die Genossen Horbath und Eule forderten auf, mehr für die „Volksstimme" zu agitieren. Sie machten auch den Vorschlag, der Bezirksvorstand müsse eine regere Agitation für die Anteilscheine treiben. Die Kreisblatt- und Generalanzeigerpresse muß unbedingt aus den Arbeiter- und Beamtenwohnungen verschwinden. Hierauf gab Genosse Abicht Bericht von der Beamtenkonferenz in Halle. Die Beamten müssen endlich zu der Erkenntnis kommen, daß ihre wahren Interessen nur von der Sozialdemokratischen Partei vertreten werden. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Vorsitzender ist Gen. Karl Nolze. In den Wahlausschuß wurden die Genossen Gener, Erl, Eule und Abicht gewählt. Der Wahlausschuß soll die Wahl im Landbezirk Roßleben leiten. Alle Genossen wurden aufgefordert, tüchtig zu agitieren und lebhafte Wahlarbeit zu treiben. Unsere Genossen im Siedlungsausschuß erstatteten Bericht über die Siedlungsfrage im Orte. Hieraus war ersichtlich, daß wir bestimmt damit rechnen können, in diesem Jahre Acker zu bekommen.

Kelbra. Obst- und Gartenbauverein. Am Sonnabend fand die diesjährige Generalversammlung des Obst- und Gartenbauvereins statt. Der Vorsitzende, Herr Liefeld, erstattete den Jahresbericht. Der Verein zählt jetzt 177 Mitglieder. Es wurden 200 Zentner Kali und 300 Zentner Kalk zu Düngezwecken gemeinschaftlich von dem Verein bezogen. Ferner wurden die Jahresbeiträge von 2 Mk. auf 5 Mk. erhöht. Diese Erhöhung macht sich aus vielen Gründen notwendig, und infolge der Erhöhung der Beiträge ist jetzt die Möglichkeit geschaffen, die Vereinszeitschrift jedem einzelnen Mitgliede zugänglich zu machen. Als Delegierte zu dem am 30. Januar in Sangerhausen stattfindenden Kreisverbandstage werden die Herren Lehrer Sander, Maurer Buttstedt, Gärtner Moritz Köthe, vom Vorstande der Vorsitzende Liefeld und der Schriftführer, Knopfmacher Paul Hesse, gewählt. Ueber den Kreisverbandstag und den Zusammenschluß der Vereine entspann sich eine rege Aussprache. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Unter Verschiedenem wurde die Anlegung einer eigenen kleinen Obstbaumschule, sowie kleiner Schrebergärten angeregt. Der gesamte geschäftliche Umsatz des Vereins beträgt 12 216,15 Mk. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Aufnahme oberschlesischer Kinder. Das Kreiswohlfahrtsamt Sangerhausen teilt uns mit: Die Ententekommission für das oberschlesische Abstimmungsgebiet hat als Tag der Abstimmung den 13. März festgelegt. Nun gilt es, dafür Sorge zu tragen, den ca. 300 000 Abstimmungsberechtigten in ihren Abstimmungsorten Unterkunft zu gewähren, was bei der vorherrschenden Wohnungsknappheit sehr schwer ist. Um die sehr kostspieligen Barackenbauten im Abstimmungsgebiet für die Abstimmungsberechtigten zu deren Unterbringung zu vermeiden, ist beabsichtigt, möglichst viel Kinder aus oberschlesischen Ortschaften in den angrenzenden Provinzen für den Monat März unterzubringen, wofür besonders ländliche Bezirke und Kleinstädte geeignet erscheinen, weil den Kindern damit zugleich ein Erholungsaufenthalt in gesunder Luft bei guter Verpflegung und Unterkunft gewährt werden soll. Falls Familien bereit sind, oberschlesische Kinder bei sich aufzunehmen, aber Unterkunft und Verpflegung ohne Entgelt nicht gewähren können, so kann eine tägliche Beihilfe bis zur Höhe von 5 Mark für jedes Kind gezahlt werden. Was uns Oberschlesien in wirtschaftlicher Beziehung ist, und in Zukunft sein wird, weiß ein Jeder. Die durch Aufnahme oberschlesischer Kinder auferlegte vorübergehende Einschränkung wird uns und unseren Nachkommen tausendfältige Frucht bringen. **Darum auf zur Tat!** Fast jeder Haushalt kann und wird ein oder mehrere Kinder bei sich aufnehmen können. Diesbezügliche schriftliche oder mündliche Anmeldungen nimmt das Kreis-Wohlfahrts-Amt Sangerhausen bis zum 15. Februar d. J. entgegen unter Angabe der Kinderzahl und der Höhe der beanspruchten Entschädigung.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil K. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Wittenberg, Bez. Halle. Mittwoch, den 2. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Reichspost". Tagesordnung: Vorbereitungen zum Wahlkampf. Gründung einer Jugendabteilung! Beide Punkte verpflichten alle Genossinnen und Genossen zu erscheinen. Auf zum Kampf!

Der Vorstand.

Schönfeld a. d. Unstrut. Sonnabend, den 29 Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung des Soz. Demo. Vereins. T. O.: Vortrag des Genossen Lindner Ringleben.

Der Vorstand

Groß-Möhlau. Sonntag den 30. d. Mts, nachmittags 4 Uhr, findet im Gasthof zu Groß-Möhlau eine öffentliche Versammlung der S.P.D. statt. Genosse Herzig-Halle spricht über die politische Lage und die kommenden Wahlen.

Herr Rechtsanwalt Neumann-Halle wird einige Anregungen zu dem Neubau der Gemeindeschule geben. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen der hiesigen Arbeiterschaft unbedingt Pflicht.

Der Vorstand.

Schköna. Mitgliederversammlung der S.P.D. Sonntag, den 30. d. Mts. nachmittags 4½ Uhr findet im Gasthof zu Schköna eine außerordentlich wichtige, öffentliche Mitgliederversammlung der S.P.D. statt.

Der Parteisekretär Genosse Flücht-Halle spricht über den Aufbau und Ausbau einer Parteiorganisation am Ort. Unser Bezirkskassierer spricht über Kassenwesen. Es erfolgt dann die Neuwahl des gesamten Vorstandes. Genossinnen und Genossen, erscheint geschlossen in dieser Versammlung und sorgt für rege Teilnahme.

Der Vorstand.

Eisleben. Morgen, Sonnabend, den 29. Januar, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung in der „Gambrinushalle". Die Versammlung ist ungemein wichtig, das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210128-15/fragment/page=0006